

Breslauer Morgenblatt.



Mittwoch den 23. März 1859.

Nr. 137.

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Paris, 22. März. Der heutige „Moniteur“ meldet: Von Seiten Russlands ist ein Congrès vorgeschlagen worden, um den Verwicklungen vorzubeugen, welche der Zustand Italiens hervorrufen könnte, und die geeignet wären, die Ruhe Europa's zu stören. Der Zusammentritt des Congrèsses, bestehend aus den Bevollmächtigten der fünf Großmächte, sollte in einer neutralen Stadt stattfinden. Frankreich ist diesem Vorschlag Russlands beigetreten. England, Preußen und Österreich haben noch nicht offiziell geantwortet.

(Wiederholter Abdruck, da vorstehende Depesche nicht mehr in alle Exemplare des gestrigen Mittagblattes aufgenommen werden konnte. D. R.)

Berliner Börse vom 22. März, Nachmittags 2 Uhr. (Angelommen 4 Uhr 15 Min.) Staatschuldcheine 83½% Prämien-Anteile 114, Schles. Bank-Verein 80, Kommandit-Anteile 99%, Köln-Minden 135, Alte Freiburger 88, Neue Freiburger — Oberösterreichische Litt. A. 128, Oberösterreichische Litt. B. 119½% B. Wilhelms-Bahn 47%, Rheinische Aktien 85, Darmstädter 83, Düssauer Bank-Aktien 40%, Österreich. Kredit-Aktien 91½%, Österreich. National-Anteile 72½%, Wien 2 Monate 91%, Mecklenburger 51, Neisse-Brieger 53%, Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 53%. Österreich. Staats-Eisenbahn-Aktien 146, Tarnowitzer 42 B. — Materie, Preußisches behauptet.

Berlin, 22. März. Roggen höher. März-April 40%, Frühjahr 40% B., Mai-Juni 41 B., Juni-Juli 42%. — Spiritus fester. März-April 19%, Frühjahr 19%, Mai-Juni 19%, Juni-Juli 20%, Juli-August 20%. — Rüböl behauptet. März 13%, Frühjahr 13%.

Telegraphische Nachrichten.

Turin, 20. März. Die Aufregung dauert fort; für die Familien der ehemaligen Soldaten werden im ganzen Lande überall Subscriptions organisiert. Die freiwilligen Trösten fortwährend zu.

Piemont verweigert der modenesischen Regierung die verlangte Auslieferung der Ausreißer.

Nachrichten aus Rom melden, daß der französische Gesandte, Herr v. Grammont, eine Einladung zu einem Banket beim Kardinal Antonelli abgelehnt hat. Die Räumung soll nach bewerkstelligt werden. Man erwartet die Veröffentlichung eines Memorandum des Papstes an die Mächte.

Brüssel, 19. März. Kaiser Napoleon soll an die Königin Victoria ein Schreiben gerichtet haben, worin er ihr für die Sendung Lord Cowley's dankt. Ein ähnlicher Schritt soll von Seite Österreichs getrieben. Die „Independance“ spricht auch von einer neuen, friedliche Hoffnungen nähernden österreichischen Circularnote.

Paris, 20. März. Die zum Frieden mahnende Note des Fürsten Gortschakoff, welche an Österreich und Frankreich gerichtet worden sein sollte, existiert nicht.

Die Konferenz wurde auf Ende des Monats vertagt. Der österreichische Botschafter, Herr v. Hübner, hat bereits eine Copie der Botschaft zur Donauhafifahrt-Alte erhalten.

Das londoner Kabinett hat in Turin gegen die Verlehnung der Cartelverträge über Auslieferung von Deserteur zwischen Piemont und den andern italienischen Staaten Reklamationen erhoben.

Frankreich hat von der Pforte Erklärungen über ihre Rüstungen verlangt. Die türkische Regierung antwortete, ihre Rüstungen beziehen sich auf die Zusammenziehung eines 5000 Mann starken Observations-Corps in Schumla und Sophia.

Paris, 21. März. Der „Moniteur“ schreibt über die gestern auf dem Marsfeld stattgehabte Heerschau: „Die geistige Revue war bewunderungswürdig. Nachdem die Truppen defilirt waren, befahl der Kaiser, der sich zum Konzert der Orpheonisten nach dem Palais d'Industrie begab, die Zurückziehung der Schützenwachen, damit die Menge sich ihm nähern könne. Se. Majestät war im Augenblicke von einer ungeheuren Volksmenge umgeben, welche sich bis unter die Pierde des kaiserlichen Corps stürzte, mit dem enthuastastischen Auffe: „Es lebe der Kaiser!“ Diese ganz spontane Bewegung der Massen ließ ohne Unglücksfall ab.“ (Presse.)

Breslau, 22. März. [Zur Situation.] Es ist nun keinem Zweifel unterworfen, daß ein Congrès zur Regelung der italienischen Frage zusammengetreten wird. (S. oben die tel. Dep.)

Über den Ort des Congrèsses geben die Nachrichten auseinander; auch unsere Berliner Correspondenten stehen mit einander in Widerspruch; nur darüber herrscht kein Zweifel, daß Paris diesmal auf die Ehre verzichten muß, in seinem Schoß eine europäische Frage zur Entscheidung reisen zu lassen.

Zweitens steht bereits fest, daß die Frage nur von den Großmächten discutirt werden wird und Sardinien, obwohl sonst „groß im Rathe“, ausgeschlossen bleibt.

Die dritte, bedeutungsvolle und als constatirt anzusehende Mitteilung weist darauf hin, daß Russland den Congrès proponirt habe.

Die ersten beiden Punkte müssen einen befriedigenden Eindruck machen; denn einmal beweisen sie, daß Europa jede Zumuthung eines pariser Areopags zurückweisen, sodann, daß es die Debatte möglichst vor jeder Leidenschaftlichkeit bewahren wolle.

Dagegen dürfte die dritte Mitteilung mancherlei Bedenken erregen, weil nicht wohl anzunehmen ist, daß Russland den Vorschlag ohne vorherige Verständigung mit Frankreich gemacht habe und daß eine solche sich sicherlich auch auf das Materielle der Frage ausgedehnt haben wird. Bei dem intimen Verhältniß, dessen Obwalten zwischen Frankreich und Russland vorausgesetzt und welches durch die von Russland jetzt gemachte Proposition aufs Neue bestätigt wird, muß man sicherlich darauf gesetzt sein, daß beide Staaten Hand in Hand gehen werden.

Zedenfalls wird Alles auf die Basis ankommen, welche man den Verhandlungen zu Grunde legen wird, und erst, wenn man die Bedingungen derselben kennen gelernt haben wird, dürfen sich Vermüthungen über den Erfolg aussprechen lassen.

Im Allgemeinen scheint man in Wien kein allzugroßes Vertrauen zu denselben zu haben; mindestens läßt die „Desterr. Z.“ den Verdacht

durchblicken, daß der Congrès möglicher Weise nur dazu dienen könnte, die Lösung hinauszuschieben.

Dagegen müßte sich Österreich sicher stellen; denn „eine Kriegsbereitschaft ohne Krieg sei nur ein Krebschaden der Finanzen und giebt nur dem weniger gut gerüsteten Kämpfer Zeit, seine Vorbereitungen zu vollenden. In einem finanziellen Krieg aber, wo man Österreich abschwächt und abtötet ohne Ehre und Kampf, sollte und darf es sich nicht einlassen. Eine Conferenz dürfe aber eben so wenig eine Falle sein, um ein glänzendes Schild für Denjenigen, von welchem der Kärm ausging, zu bilden; und noch viel weniger aber die Basis in Frage stellen wollen, worauf das europäische Staatsrecht ruht. Alles, was die Verträge von 1815 und ihre Accessoires feststellen, kann kein Gegenstand der Frage sein. Will man statt der Auflösinge, die sich an diesen großen Bau lehnen, Besseres hinstellen, so mag man darüber sprechen, aber erst, nachdem man die Umrisse scharf gezeichnet hat. Will man Österreich etwas bieten, was seiner staatlichen Würde zu widerläuft, so müßte es dem ohne weitere Frage den Rücken wenden.“

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

L. C. C. Vierzehnte Sitzung des Herrenhauses.
Beginn der Sitzung 11½ Uhr. — Vorsitzender: Präs. Prinz Hohenlohe. — Am Ministerialer v. Patow, Graf Büdler und mehrere Regierungs-Commissionen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Petition des Magistrats zu Königsberg i. Pr., um Aufhebung des Gesetzes vom 11. März 1850, über die Polizeiverwaltung. Die Commission beantragt Tagesordnung; ein Amendment von Piper und Genossen schlägt vor: über die vorliegende Petition zwar zur Tagesordnung überzugehen, im Ubrigen aber bei den rücksichtlich der Polizeiverwaltung in den Städten in den Sitzungen vom 12. März 1856 und 12. April 1858 gefassten Beschlüssen zu beharren (jene Beschlüsse gingen dahin, einzelne Theile der Polizeiverwaltung in den Städten den Magistraten zu belassen, und die von den Communen zu tragenden Kosten zur Polizeiverwaltung zu fixiren); ein anderes Amendment von Hasselbach und Krausnick beantragt: wenn gleich der Antrag auf vollständige Aufhebung des Gesetzes vom 11. März 1850 nicht unterstützt werden kann, die Petition zu der als nothwendig zu erachtenden Revision der §§ 2 bis 5 des Gesetzes vom 11. März 1850 der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Beide Amendments werden ausreichend unterstützt.

Berichterstatter Graf v. d. Gröben-Ponarien befürwortet den Commissionsantrag und empfiehlt eventuell das Pipersche Amendment, spricht sich aber gegen den Hasselbachschen Antrag aus; er bedauert, daß der Minister des Innern nicht anwendbar ist; derselbe habe im Abgeordneten-Hause eine Erklärung abgegeben, welche mit der von dem Regierungskommissarius, Geh. Oberregierungsrath Wenzel, in der Commission des Herrenhauses abgegebenen nicht übereinstimme: Der Letztere habe sich ausdrücklich gegen Aufhebung des § 2 des Gesetzes erklärt, während sich der Minister mit dem auf Abänderung der §§ 2 bis 5 gerichteten Dünferischen Amendment einverstanden erklärt habe.

Bei der großen Connivenz, welche der Minister des Innern überhaupt den Petitionen gegenüber an den Tage läge, z. B. bei Gelegenheit der Petition um Ausübung ständischer Rechte durch Juden, erscheine es bevidlich, einen so weit gehenden Antrag, wie den von Hasselbach und Krausnick, anzunehmen; das würde ausleben wie das Gegenteil vom Festhalten an der Vergangenheit.

Der Präsident macht den Redner darauf aufmerksam, daß als Vertreter des Ministers des Innern der Geh. Oberregierungsrath Wenzel anwesend sei.

Graf v. d. Gröben-Ponarien erwidert, er habe nur auf den Widerspruch zwischen den Erklärungen des Ministers und des Regierungs-Kommissarius aufmerksam machen wollen; diesen Widerspruch zu erklären, sei nicht seine Sache.

Regierungs-Kommissarius Geh. Oberregierungsrath Wenzel: Ein Widerspruch, wie ihn der Vorredner behauptet, sei nicht vorhanden. Der Minister sei ebenfalls der Ansicht, daß der Regierung die ihm durch § 2 des Gesetzes erteilte Befugniß unentbehrlich sei; eine Abänderung des Gesetzes sei aber vielfach möglich, ohne daß Befugniße der Staatsregierung aufgegeben würden.

Krausnick für sein Amendment: Er habe nach Beratung mit seinen Collegen aus anderen Städten die Überzeugung gewonnen, daß eine Revision des Gesetzes vom 11. März 1850 absolut nothwendig sei; es liege gar nicht in seiner Absicht, die Befugniße der Regierung zu beschränken; es sollten nur gesetzliche Festsetzungen getroffen werden, die unabhängig von der Auslegung dieses oder jenes Ministeriums, jedes Ministeriums bänden, da auch die Entscheidungen des Obertribunals und des Kompetenzgerichtshofs schwankend seien.

Der Königsberger Magistrat verlangt allerdings zu viel, wenn er die Aufhebung des ganzen Gesetzes beansprucht; aber eine Revision einzelner Bestimmungen des Gesetzes sei dringend nothwendig.

Sein Antrag gebe nicht so weit wie der Pipersche, da er keine bestimmten Vorschläge mache. Redner weist an, den einzelnen §§ 2 bis 5 des Gesetzes das Bedürfnis einer Revision und gesetzlichen Feststellung nach. In Berlin würden die Uebstände jenes Gesetzes um so härter empfunden, als die Ortspolizeibehörde zugleich die Befugniße der Bezirksregierung habe. § 3 des Gesetzes über die Kosten bedürfe einer genaueren Fassung, da z. B. die Stadt Berlin der Ansicht gemeinet sei, die Bekleidungskosten der Schutzmannschaft fielen den einzelnen Beamten zur Last, aber durch richterliches Erkenntniß genöthigt werden sei, diese Kosten als fachliche Polizeikosten im Betrage von 23.000 Thaler jährlich zu tragen. Ebenso bedürften die Bestimmungen über die Anstellung der Beamten einer Revision, da gerade hierüber widersprechende Erkenntniß des Obertribunals ergangen seien. Auf § 3 des Gesetzes, wonach vor dem Erlaß von polizeilichen Vorschriften die Kommunalbehörden zu hören sind, möge wenigstens dahin abgeändert werden, daß beim Widerpruch der Kommunalbehörden die Sache der vorgefeschten Instanz vorzulegen sei.

Die Autorität der Kommunalbehörden werde dadurch nicht gefordert, wenn, wie es gegenwärtig der Fall sei, auf ihren Widerspruch gar keine Rücksicht genommen werde. Eventuell werde sich der Redner dem Piperschen Antrage anschließen. Piper befürwortet sein Amendment. Es sei ein nicht unbedenkliches Prädicatum, bei Gelegenheit einer einzelnen Petition Beschlüsse über die Revision ganzer Gesetze zu fassen. Wenn man den Städten alle Zweige der Verwaltung abnehme, so mache man dieselben zu bloßen Staatsverwaltungsbezirkeln nach französischem Muster.

Finanzminister v. Patow: Die Staatsregierung ist entschlossen, an eine Revision des Gesetzes vom 11. März 1850 zu geben, und sie wird daher dem Krausnick-Hasselbachschen Antrage, mag derselbe nun hier angenommen werden oder nicht, entsprechen; der Ansicht des Vorredners, daß der Krausnick-Hasselbachsche weiter gebe als der seine, kann ich nicht zustimmen; jener Antrag verlangt nichts weiter, als daß die Regierung thue, was sie zu thun ohnedies entschlossen ist, nämlich die Bestimmungen des Gesetzes zu prüfen und die Resultate der Prüfung alsdann der Landesvertretung vorzulegen. Der Pipersche Antrag dagegen will von einer solchen Prüfung nichts wissen; er stellt positive Forderungen an die Regierung und läßt ihr keine freie Hand; ich glaube daher, daß der Antrag des Hrn. Piper weiter geht und der Sache mehr vorgesetzt.

Wenn die Regierung das Gesetz einer Prüfung unterwerfen und alsdann eine Vorlage machen soll, so kann ihr nicht zugemutet werden, daß sie unabhängig von dieser Prüfung einzelne Punkte schon vorher entscheide; und das will eben der Pipersche Antrag. Was den materiellen Inhalt seines Antrages betrifft, so beschränkt ich mich bezüglich des ersten Theiles darauf, zu bemerken, daß man der Regierung eine Verpflichtung im Voransicht nicht auferlegen möge. Den zweiten Theil anlangend, bemerke ich als Finanzminister, daß ich keineswegs abmeidend vom Gesetze zu Fixationen schreiten möchte, die Ausfälle im Budget zur Folge haben könnten. Ich stelle anheim, den Hasselbach-Krausnick'schen Antrag anzunehmen, den Piperschen dagegen abzulehnen, weil der letztere mit den Intentionen der Regierung nicht in Einklang zu bringen ist. — Herr Piper bestreitet, daß sein Antrag weiter gehe als der andere; der Finanzminister kommt auf seine frühere Ausführung zurück, und der Hasselbach-Krausnick'sche Antrag wird ebenfalls ebenso, daß der Hasselbachsche Antrag, der der Regierung freie Hand lasse, keineswegs so weit gehen könne, als ein Antrag, der die Regierung bindet. Nachdem hr. Piper bemerkt, daß eine Fixation der Polizeikosten keineswegs unausführbar sei, erklärt hr. Krausnick, daß er seinen Antrag zu Gunsten des Kommissionssvorstages auf einfache Tagesordnung zurückziehe. Der Zweck seines Antrages sei erreicht, nachdem die Regierung ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, unter allen Umständen zu einer Revision zu schreiten. — hr. v. Below für den Piperschen Antrag: Die Regierung und namentlich der Minister des Innern habe zu wiederholtenmalen auf alle möglichen Anforderungen um Abänderung der Gesetze gebeten, die entgegengesetzten Bescheide ertheilt. Je unbestimpter solche Neuerungen, desto maschioer würden die Forderungen sein (Bravo). Es würden auf den Credit der Regierung Wechsel gegeben, welche einzulösen den Ministern am Ende schwer fallen möchte (Bravo). Der Pipersche Antrag gewähre einen positiven Inhalt und hemme die Regierung, wenn sie eine Reform vornehmen wolle, in keiner Weise. Durch Annahme dieses Antrages verwehre sich das Haus zugleich gegen ungemeine Forderungen. hr. Krausnick erklärt, daß sein Antrag eine Reform, nicht aber, wie der Vorredner darstellten versucht habe, eine revolutionäre Umgestaltung der Gesetzgebung bezeichnete. hr. v. Meding fordert das Haus auf, bei seinen früheren auf die Gegenstand bezüglichen Beschlüssen stehen zu bleiben. — Der Schluß der Diskussion wird beantragt. Graf Ritterberg ist noch als Redner eingeschrieben. Derselbe nimmt das Wort gegen den Schluß. Wenn die Lage noch so wäre, wie zu Anfang der Diskussion, ehe der Hasselbachsche Antrag zurückgezogen worden, so könnten die von Herrn v. Below angeführten Gründe erheblich sein; jetzt aber können wir die Tagesordnung stimmen, da die in früheren Sitzungen angenommenen Piperschen Anträge davon unberührt blieben. Da er nun Gelegenheit gehabt, das Bevölkerung zu äußern, so versieht er auf das Wort (Heiterkeit). — Die Diskussion ist damit geschlossen. Der Antrag der Kommission wird abgelehnt und der Pipersche Antrag angenommen. (Dagegen stimmen die meisten Vertreter der Städte, Brüggemann, v. Zander, Fürst v. Radziwill u. s. w.)

Von dieser Prüfung einzelne Punkte schon vorher entscheide; und das will eben der Pipersche Antrag. Was den materiellen Inhalt seines Antrages betrifft, so beschränkt ich mich bezüglich des ersten Theiles darauf, zu bemerken, daß man der Regierung eine Verpflichtung im Voransicht nicht auferlegen möge. Den zweiten Theil anlangend, bemerke ich als Finanzminister, daß ich keineswegs abmeidend vom Gesetze zu Fixationen schreiten möchte, die Ausfälle im Budget zur Folge haben könnten. Ich stelle anheim, den Hasselbach-Krausnick'schen Antrag anzunehmen, den Piperschen dagegen abzulehnen, weil der letztere mit den Intentionen der Regierung nicht in Einklang zu bringen ist. — Herr Piper bestreitet, daß sein Antrag weiter gehe als der andere; der Finanzminister kommt auf seine frühere Ausführung zurück, und der Hasselbach-Krausnick'sche Antrag wird ebenfalls ebenso, daß der Hasselbachsche Antrag, der der Regierung freie Hand lasse, keineswegs so weit gehen könne, als ein Antrag, der die Regierung bindet. Nachdem hr. Piper bemerkt, daß eine Fixation der Polizeikosten keineswegs unausführbar sei, erklärt hr. Krausnick, daß er seinen Antrag zu Gunsten des Kommissionssvorstages auf einfache Tagesordnung zurückziehe. Der Zweck seines Antrages sei erreicht, nachdem die Regierung ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, unter allen Umständen zu einer Revision zu schreiten. — hr. v. Below für den Piperschen Antrag: Die Regierung und namentlich der Minister des Innern habe zu wiederholtenmalen auf alle möglichen Anforderungen um Abänderung der Gesetze gebeten, die entgegengesetzten Bescheide ertheilt. Je unbestimpter solche Neuerungen, desto maschioer würden die Forderungen sein (Bravo). Es würden auf den Credit der Regierung Wechsel gegeben, welche einzulösen den Ministern am Ende schwer fallen möchte (Bravo). Der Pipersche Antrag gewähre einen positiven Inhalt und hemme die Regierung, wenn sie eine Reform vornehmen wolle, in keiner Weise. Durch Annahme dieses Antrages verwehre sich das Haus zugleich gegen ungemeine Forderungen. hr. Krausnick erklärt, daß sein Antrag eine Reform, nicht aber, wie der Vorredner darstellten versucht habe, eine revolutionäre Umgestaltung der Gesetzgebung bezeichnete. hr. v. Meding fordert das Haus auf, bei seinen früheren auf die Gegenstand bezüglichen Beschlüssen stehen zu bleiben. — Der Schluß der Diskussion wird beantragt. Graf Ritterberg ist noch als Redner eingeschrieben. Derselbe nimmt das Wort gegen den Schluß. Wenn die Lage noch so wäre, wie zu Anfang der Diskussion, ehe der Hasselbachsche Antrag zurückgezogen worden, so könnten die von Herrn v. Below angeführten Gründe erheblich sein; jetzt aber können wir die Tagesordnung stimmen, da die in früheren Sitzungen angenommenen Piperschen Anträge davon unberührt blieben. Da er nun Gelegenheit gehabt, das Bevölkerung zu äußern, so versieht er auf das Wort (Heiterkeit). — Die Diskussion ist damit geschlossen. Der Antrag der Kommission wird abgelehnt und der Pipersche Antrag angenommen. (Dagegen stimmen die meisten Vertreter der Städte, Brüggemann, v. Zander, Fürst v. Radziwill u. s. w.)

Eine Petition um Schutz des gewerblichen Eigentums wird durch Tagesordnung erledigt. — Die kreuzburger und rothenberger Kreistände votieren um den Bau einer Eisenbahn auf dem rechten Oderufer. Die Kommission beantragt eine motivirte Tagesordnung, „in Erwägung, daß die Staatsregierung zwar die proponierte Bahn als zweitmäßig und zur allerhöchsten Genehmigung empfehlbar anerkennt, aber zur Zeit aus finanziellen Rücksichten deren Ausführung nicht für angängig hält“. Graf Ritterberg wünscht eine Erklärung der Regierung darüber, wenn die oberste Eisenbahngesellschaft den Bau jener Bahn auf dem rechten Oderufer beginnen werde. Reg. Kommissarius Geh. Regierungsrath Maybach: Wenn die Verhältnisse sich günstiger gestalten, werde die Regierung der oberösterreichischen Eisenbahngesellschaft eine Prälausifris zur Erklärung, ob sie den Bau jener Bahn übernehmen wolle, stellen; es liege aber nicht in der Absicht der Regierung, gegen die oberösterreichische Gesellschaft einen Zwang wider den Willen der Akteure auszuüben.

Herr v. Hohenlohe-Debringen: Der Graf Ritterberg scheine der Ansicht zu sein, der Bau der Bahn auf dem rechten Oderufer müsse durch die oberösterreichische Gesellschaft ausgeführt werden. Der Bau einer solchen Bahn sei für ganz Oberösterreich eine Notwendigkeit; es sei aber zu wünschen, daß der Bau nicht in die Hände der oberösterreichischen Gesellschaft komme, da dieß das Monopol, welches sie gegenwärtig habe, nicht in einer für die Provinz vortheilhaftesten Art ausübe; vielmehr möge die Bahn eine Konkurrenz bilden.

Graf Ritterberg: Ob die oberste Eisenbahngesellschaft oder eine

Antrag bezwecke nur, die Regierung aufzusordern, auf dem von ihr betretenen Wege vorzufahren; er sei deshalb darauf gerichtet, die Regierung zu stärken.

Der Vizepräsident Graf Stolberg übernimmt den Vorsitz.

v. Meding spricht als Antragsteller für den Antrag unter großer Unaufmerksamkeit des Hauses, das sich, in einzelne Gruppen getheilt, lebhaft unterhält; Alinea 2 des Medingischen Antrages wird angenommen. — Es folgt die Beratung über Alinea 1.

Berichterstatter v. Waldow-Steinhofel: Zwischen der Regierung und der Kommission besteht seiner Ansicht nach nur noch eine geringe Differenz, und zwar darüber, wie die Höhe der Exportbonifizierung festzulegen sei: ob, wie die Kommission wolle, der Durchschnittsertrag aller Brennereien, oder, der Ansicht der Regierung gemäß, der höchste Ertrag, der in einer irgend erheblichen Anzahl von Brennereien erzielt werde, der Berechnung der Bonifikation zu Grunde zu legen sei. Er hofft, auch diese Differenz werde sich wohl durch eine Erklärung des Hrn. Finanzministers erledigen.

Finanzminister v. Patow: Wie der Hr. Berichterstatter mit Recht hervorgehoben hat, ist die Regierung mit dem Sinne des Antrages und mit der Kommission im Wesentlichen einverstanden. Sie erkennt an, daß es notwendig und wünschenswert ist, die gezahlte Steuer beim Export ihrem vollen Betrage nach, so weit derselbe mit Sicherheit festgestellt werden kann, zu erheben. Die Staatsregierung sieht sich jedoch gegenwärtig außer Stande, eine irgend wie ins Gemüth fallende Erhöhung der Bonifikation vorzunehmen. Der zu vergleichende Betrag kann auf verschiedene Weise festgestellt werden; einmal auf wissenschaftlichem Wege; aber darüber kann wohl kein Zweifel sein, daß eine solche Berechnung kein richtiges Resultat gewährt. Man muß vielmehr den praktischen Weg wählen und auf dem Gebiete der Erfahrung das Material zur Beantwortung der Frage sammeln. Diese Zeitstellung hat aber große Schwierigkeiten. Es sind in der Kommission in dieser Hinsicht vielfache Thatsachen angeführt worden; ich will die Richtigkeit derselben nicht bestreiten; aber sie ergeben doch kein vollständig sicheres Resultat, weil sie auf spezielle Verhältnisse verufen. Die Staatsregierung hat nun das Gefamnitgebiet zu erforschen gesucht, durch Anweisungen an ihre Steuerbehörden. Sie wird in Erwägung nehmenden, welche weiteren Wege einzuschlagen sind, um hierin vollständige Gewißheit zu erlangen. Was die vom Hrn. Berichterstatter hervorgehobene Differenz zwischen der Regierung und der Kommission anlangt, so stehen der Ansicht der Kommission die Verträge entgegen. Die Auslegung dieser Verträge durch die Kommission mag vielleicht richtig sein; aber zur Auslegung der Verträge gehören doch zwei Theile; und es kann der Regierung nicht zugemutet werden, ohne Zugabe der übrigen Volkvereins-Regierungen hierüber eine bindende Erklärung abzugeben. Es ist aber auch nicht leicht, den Durchschnitt zu ziehen, und es kann immer die Möglichkeit eintreten, eine kleine Modifikation von dem Durchschnitt eintreten zu lassen. Ich bitte daher, es der Regierung zu überlassen, bestimmt festzusehen, daß der mathematische Durchschnitt die unbedingte Regel sei.

v. Meding: Die so eben von Seiten der Regierung abgegebene Erklärung müsse man in der Hauptsache dankbar hinnehmen. Als 1855 die Steuer, nicht aber die Bonifikation erhobt worden, sei man von der Vermuthung ausgegangen, der Betrieb sei in sowohl gestiegen, daß eine Erhöhung der Bonifikation nicht nötig sei. Diese Vermuthung sei aber unrichtig.

Berichterstatter v. Waldow-Steinhofel: Man könne von der Regierung nicht mehr verlangen, als der Finanzminister eben erklärt habe.

Alinea 1 des Medingischen Antrages wird hierauf fast einstimmig angenommen; auch der Minister Graf Büdler stimmt dafür.

Schluß der Sitzung 1½ Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

L. C. C. Bierundzwanzigste Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Präsident: Graf von Schwerin. — Eröffnung 10½ Uhr. Am Minister-Tische: Fürst v. Hohenzollern, v. Auerswald, v. Bonin, v. Patow, v. d. Heydt.

Der Präsident teilt dem Hause mit, daß ihm vom Landrat Delius eine Anzeige zugegangen, wonach derselbe in seinem Wahlkreise einstimmig wieder gewählt sei. (Bravo rechts.) Herr Delius bittet zugleich um einen 14-tägigen Urlaub, der ihm vom Hause bewilligt wird.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Budget-Kommission wegen der Erhöhung der Kron-Dotation. Die Kommission beantragt einstimmige Genehmigung der Vorlage, und das Haus genehmigt den Gesetzentwurf ohne Debatte einstimmig.

Vizepräsident Mathis übernimmt den Vorsitz.

Es folgt der Bericht der Unterrichts-Kommission über 35 Petitionen wegen der Rechtsverhältnisse der Real- und höheren Bürgerschulen, aus welchen bereits früher ausführliche Mittheilung gemacht ist. Der Antrag der Kommission lautet: die betreffenden Petitionen der Regierung „zur Verübungszugang zu überweisen und zugleich die Erwartung auszusprechen, daß die Regierung 1) die gesetzliche Feststellung der den Real-Schulen zustehenden Befreiungen durch baldige Vorlegung des im Art. 26 der Verfassung vertheilten Gesetzes herbeiführen werde, und 2) bis dies erfolgt ist, denjenigen Schulen, welche den zur Zeit bereits bestehenden und den fernerhin vom Herrn Unterrichtsminister aufzustellenden Anforderungen an vollständige Real-Schulen genügen, resp. genügen werden, die ihnen durch die Restrikt vom 18. Mai 1855, 30. Mai 1856 und 1. März 1857 entzogenen Rechte wieder in vollem Umfange gewähren werde.“

Ref. Abg. Lamau rechtfertigt diesen Antrag in einer nicht nur auf der Journalisten-Tribüne, sondern auch im Hause nicht verständlichen Weise, wie der mehrfach gebürtige Ruf „Lauer!“ bezeugte.

Abg. Reichenberger (Köln) stellt zu dem Kommissions-Antrage das Amendment: „die Petitionen der Regierung zur Verübungszugang zu überweisen, event. wenn dieser Antrag nicht angenommen werden sollte: die Petitionen der Regierung zur Verübungszugang zu überweisen und zugleich die Erwartung auszusprechen, daß die Regierung denjenigen Schülern, welche den zur Zeit bereits bestehenden und fernerhin vom Unterrichtsminister aufzustellenden Anforderungen an vollständige Real-Schulen genügen, die ihnen entzogenen Rechte in vollem Umfange wiedergewähren werde.“

Abg. Reichenberger (Köln): Die vorliegende Frage könne durch ein Gesetz allein nicht erledigt werden, denn die Anforderungen an die Real-Schulen wären nach der Zeit wechselnd. Die in Rede stehenden Restrikt der Handelsministers wären eine Consequenz des Systems dieses Ministers. Der hier nicht zum Antrag zu bringende Gegenfall aber, der bei der vorliegenden Frage zur Sprache kommen müsse, sei der Gegenfall zwischen klassisch-humanistischer und realistischer Richtung; zum Antrag sei jedoch dieser Gegenfall hier nicht zu bringen; darum sei der zeitige Erlass eines Gesetzes nicht ratschlich. Was der Engländer common sense, gefunden Menschenverstand, nenne, schiene ihm vor-

ausweise auf Seiten der Bittsteller zu sein. Wäre die Richtung der Real-Schulen auch oft eine materialistische, so wäre es doch nie Aufgabe der Gesetzgebung, diese Richtung zu regulieren. In Bezug auf die an die Baubehörten hinsichtlich der Rechtskenntniß und klassische Bildung gestellten Forderungen, sei es zwar ganz wünschenswert, wenn ein Ober-Post-Direktor den Homer in der Ursprache lesen, oder sich aus den Quellen über Vorspann im großen zwischen Reichs informieren könne (Gelächter); dennoch könne man bei der Ausbildung praktischer Beamten nicht auf alles Wünschenswerthe Rücksicht nehmen. Es lasse sich ja auch bei allgemeiner Bildung viel leisten; so habe ich z. B. herausgestellt, daß Kaufleute, die gar kein Staatsgerman gemacht, die glänzendste Staatscarrière gemacht. (Diese Anspielung auf den Handelsminister wird von schallendem Gelächter begleitet.) Sehe man sich die Vorchriften des Handelsministers über die Prüfung der Baumeister an, die Masse von Arbeiten, welche solche zu machen hätten, so könnte denselben nur nach den gründlichsten Arbeiten Genüge geleistet werden; unter andern hätten sie sich einer Prüfung in Geologie und Geographie zu unterwerfen, während den Erwin v. Steinbach und Brunelleschi diese Worte selbst unbekannt geblieben wären. (Gelächter.) Durch solche Ansprüche übernahme der Staat unnütze Lasten und Kosten. Viel nötiger sei, darauf zu sehen, was jemand leiste, als was er wisse. Der Handelsminister verschänke sich, was gar nicht zu begreifen ist, durch seine Maßregeln die Auswahl selbst. Man müsse nicht vergessen, daß bei der kurzen Lebensdauer der Menschen das, was in die Breite gehe, der Tiefe Abbruch thue. Man müsse mehr auf Durchschnittscapacität als auf ausgezeichnete Capacität setzen, und auf die Theilung der Arbeit mehr Rücksicht nehmen. Die großen Architekten des Mittelalters, deren Kathedralen man kaum restauriren könne, würden alle durch die jetzigen Examina gefallen sein. Dabei hätten sie auf dem Gebiete der Wasserbaukunst, der Städte-Anlagen Größeres geleistet. Große englische Architekten hätten stets über den gewaltigen Apparat gelächelt, welcher bei uns im Baufache für nötig gehalten werde. Die freie Concurrenz, daß Ausschreiben von Staatsbauten, sege dort den Staat in die Lage, tüchtige Bauarbeiter zu haben. Wenn man diesen Weg betrete, werde sich diese Frage vereinfachen. Wölle Preußen mit dem Auslande concurriren, so müsse man das bisherige System modifizieren, und zur Devise nehmen: non multa, sed multum; dann löse sich die Real-Schulfrage von selbst. In diesem Sinne stimme er für Ueberweisung der Petitionen.

Abg. Dr. Edstein: Der Vorredner hat die kurze Spanne Zeit benutzt, um sein Lieblingsthema zu ventiliren, nämlich die Gebrechen der Baukunst zu besprechen. Ich werde später darauf erwidern, und jetzt erst die Debatte dahin zurückführen, wobin sie gehört, nämlich auf die Frage, ob den Real-Schulen die Rechte wiederzugeben sind, die ihnen entzogen worden. Ich will im Interesse der Real-Schulen sprechen — nicht weil ich Gymnasialehrer bin, sondern weil ich das Interesse der Gymnasien durch das Interesse der Real-Schulen wahre will. Ich will dem jetzigen Materialismus gegenüber in den Schulen das Gegen- gewicht finden, damit die Jugend künftig im Interesse des Staates zu wirken im Stande ist. Die Städte haben mit großen Opfern die Real-Schulen gegründet und erhalten, das Budget zeigt kaum für 5 eine Unterstüzung des Staates. Die Schulen haben sich an den Staat gewendet mit der Bitte um Berechtigung, und diese sind ihnen im Laufe der Zeit zu Theil geworden, und dadurch haben sie ihre Grundlagen, dadurch ihren Charakter als öffentliche Bildungs- Anstalten erhalten. Diese Vergünstigungen waren an einer Reihe von Bedingungen geknüpft, die den Schulen und Städten herzlich jauer geworden sind; man mußte sich aber fügen, weil man die Berechtigungen nur dadurch erhalten konnte. Als die Real-Schulen sich erweiterten, gründete der Handelsminister Provinzial-Gewerbeschulen mit viel weiteren Rechten. Seit dem Jahre 1855 kam gegen die Real-Schulen Schlag auf Schlag, der ihnen den Raum drohte; es wurde ihnen die Berechtigung für die Bau-Akademie, für den Postdienst u. s. w. entzogen. Auf Anfragen bei dem damaligen Kultusminister erwiederte derselbe, daß die Maßregeln (gegen die Real-Schulen) aus eigner Entschließung des Handelsministers hervorgegangen und die Gründe ihm nicht vollkommen bekannt seien. (Sensation.) Der Kultusminister führt mir nicht mehr gegenüber, und ich will deshalb auf eine Kritik der Antwort nicht eingehen, aber nur bemerken, daß damals der Verdacht entstand, es seien die Erlasse des Handelsministers dem Kultusminister nicht gerade unangenehm gewesen, da sie den Real-Schulen den Raum zu machen versprochen; man hielt nämlich diese Real-Schulen für Pflanzstätten des Materialismus. Rechte wurden den Real-Schulen genommen, ehe man ihnen gesagt hatte, was der Herr Handelsminister von ihnen wünsche; hätten sie diese Wünsche gefüllt, würden sie sich bereit haben, denselben nachzusommen. Man hat den Real-Schulen den Lebensweg abgeschnitten; die oberen Klassen sind verdet und leer; die Real-Schulen sind nun zum Theil wie Körper, die, unten und in der Mitte breit und kräftig, oben in ein ganz spitzes Hauptlein auslaufen. Die Hoffnung, daß es jetzt endlich besser werde, ist durch die Erklärungen der Regierung in der Kommission wesentlich bestärkt. Das Amending Reichenberger habe ich mit großer Freude begrüßt. Natürlich ist die Bitte gerechtfertigt, daß die in Riede stehenden Berechtigungen der Real-Schulen durch das Unterrichtsgesetz festgestellt werden, damit sie ihnen nicht ohne Weiteres durch Verordnungen entzogen werden können. Es handelt sich hier um die Leistungsfähigkeit einer Kategorie von Schulen, deren erste Anfänge in das vorige Jahrhundert hineinreichen, und welche — das hätte namentlich der vorige Kultusminister bei seiner Abreise gegen diese Schulen erwartet — aus der Richtung der Pietisten hervorgegangen sind. Nicht die klassische Bildung ist es, die dem Volke dort gegeben werden soll, sondern die allgemeine geistige Bildung allein, und durch diese Rücksicht ist auch jedenfalls der Handelsminister veranlaßt worden, für seine Baumeister eine andere Bildung zu verlangen; denn eine höhere Bildung schlägt allerdings wichtige Arbeiten nicht aus, und gothische Baumeister können wir bilden, auch wenn sie Homer gelesen haben. Ich empfehle die Annahme des Reichenberger'schen Amendments.

Abg. Ammon will nur auf einen Nebenpunkt aufmerksam machen, der im Kommissionsbericht nicht erwähnt ist, die Zulassung zum einjährigen Militärdienst. Nach einer neueren Verordnung, hätten die oft vorzüglichem unvollständigen Real-Schulen noch immer nicht die Berechtigung, daß ihre Schüler zum einjährigen Militärdienst zugelassen würden. Den Militärbürokraten würde ein Vorteil gewährt, wenn sie nicht so häufig hätten, die jungen Leute zum einjährigen Militärdienst zu prüfen. Könnte den kleinen Real-Schulen das Recht der Abiturientenprüfung ertheilt werden, so wäre dies ein Antrieb für diese Schulen selbst.

Dem Abg. Raumann (Posen), der unter ziemlich großer Aufmerksamkeit des Hauses spricht, welche den Vorsitzenden mehrmals um Ruhe zu bitten veranlaßt, scheint der Kommissionsantrag nicht weit genug zu gehen.

Cultusminister v. Bethmann-Hollweg: Daß diese Schulfrage eine solche Aufmerksamkeit des Hauses hervorgerufen, erklärt sich nicht ausreichend aus dem

allgemeinen und tiefen wissenschaftlichen Interesse, sondern vorzugsweise daraus, daß die Schulen in Preußen überhaupt in so naher rechtlicher Beziehung zum Staate stehen. Wir haben bei uns Schulzwang und Schulpflicht, wie wir die allgemeine Militärpflicht haben. Die Reise für die Secunda bedingt die Stellung des Jünglings im Heere, das Abgangszeugnis für die Universität ist die Thür für das öffentliche Leben; wir sind also weit entfernt von nordamerikanischen Zuständen, es sind eher spartanische zu nennen. Zur Beurtheilung der vorliegenden Frage nach der Berechtigung der Real-Schulen ist ein Rückblick nothwendig, ohne daß wir uns deshalb in einem Schulgesetz zu versammeln brauchen. Wie mein Ministerium zu der Frage steht, darüber erwartet das Haus mit Recht eine Erklärung. Es ist zunächst als erfreulich zu konstatiren, daß keine Stimme laut geworden ist, das bisher geltende System höherer Bildung für den praktischen Staatsdienst umzustürzen, jenes System, wonach auf den Gymnasien eine auf klassische Literatur gegründete formelle Vorbildung angestrebt wird, welche dann auf der Universität vollendet wird. Ich führe hierbei an, daß im Alterthum große Schäke liegen, daß der Humanismus es war, der in Verbindung mit der religiösen Bildung das Tagesleben herbeiführte, in dem wir wandeln. (Bravo!) Aber gleichzeitig ging die Entwicklung nach einem ganz andern und neuen Ziele. Seit Vico von Verulam haben die sogenannten Realien in der Wissenschaft und dem Lande eine Bedeutung gewonnen, wie in keiner früheren Zeit, und in notwendigem Zusammenhang damit sind die Real-Schulen entstanden; sie leben, und niemand hat das Recht, ihnen die Lebenskraft abzusprechen. Zunächst war es eine Forderung des Lebens, bestimmter Lebensberufe, die sich hervorriefen, und diesen praktischen Bedürfnissen kann nicht genügt werden durch die Fachschulen, weil von dieser die allgemeine wissenschaftliche Bildung ausgeschlossen ist. Ebensoviel kann der Forderung durch die Gymnasien genügt werden, weil der Schüler daselbst eine Masse von Bildungssstoff in sich aufnimmt, der ihn verwirrt. Die Aufgabe kann also keine andere sein, als das Wachsthum der Real-Schulen zu fördern, indem die nötigen Mittel ihnen zugewendet werden. Es muß ihnen aber auch eine rechtliche Stellung im Staate angewiesen werden, und das ist jetzt schon durch administrative Recht geschaffen. Die geistliche Regelung dieses Punktes ist möglich, weil es sich hier nicht um eine schwer zu definirende wissenschaftliche Methode, sondern um öffentliche Rechte handelt; allein, daß diese geistliche Regelung nicht zu überreichen sei, das wird jedermann einsehen. Also gut Ding will Weile haben, und ich kann noch keine bestimmte Zusicherung geben, wenn es möglich sein wird, eine geistliche Regelung einzutreten zu lassen. Was den zweiten Punkt betrifft, so soll, was auf administrativem Wege geschehen kann, geschehen. Die Angelegenheit wird dadurch auf mich geworfen. Es beweist dies ein großes Vertrauen für mich, für mein Ministerium, enthält aber auch eine große Verantwortlichkeit. Ich habe deshalb anzuführen: Ich betrachte es als eine wichtige Aufgabe meines Ministeriums, die Real-Schulen in ihrer eigentümlichen Bedeutung zu fördern (Vorredner!), ich betrachte es zweitens als unerlässlich, die Real-Schulen nach ihren Leistungen zu klassifizieren, die niedern von den höheren zu scheiden; drittens muß es Gegenstand fernerer sorgfältiger Schwagung sein, ob dieses Ziel nicht durch eine Änderung der Rechtsverhältnisse erreicht werden kann, und viertens, was das Verhältnis der Real-Schulen zur Universität betrifft, so ist das eine Aufgabe, deren Lösung in noch fernerer Zukunft steht. Dabei sind zwei Gefahren zu vermeiden, entweder werden Anforderungen an die Real-Schulen gestellt, welche sie nicht erfüllen können, oder die Universitäten werden in ihrer Aufgabe herabgezogen werden. Wie weit es möglich sein wird, den Schulen den Eintritt in die Universität zu gestatten, darüber müssen weitere Erfahrungen und fernerne Erwägungen eintreten; nur das muß ich noch aussprechen, daß auch die Universitäten auf die Dauer sich diesem in den Real-Schulen vertretenen Bildungsgange nicht werden verabschieden können. (Sehr wahr! rechts.) Gelingt es, diesem Ziele näher zu rücken, so bin ich der Überzeugung, daß kein Reformminister sich der Kräfte wird entzlagen können, die in den Real-Schulen ihnen dargeboten werden.

Handelsminister v. d. Heydt: Bei den betreffenden Restriktiven sei nicht seine Absicht gewesen, die Entwicklung der Real-Schulen zu hemmen; er habe auch nicht angenommen, daß diese Restriktive die Folgen für die Real-Schulen haben würden, die sie gehabt haben sollen. Seine Maßregeln hätten nur bezeichnet, ihm für sein Konsort die geeigneten Kräfte zuzuführen. Seitdem eine neue Organisation der Bauverwaltung eingetreten ist, sei zur Vermeidung von Einseitigkeit beschlossen, die Anforderungen an die Baumeister zu steigern. Da die Zahl der Austranten sich vermehrt, läge es nicht im Interesse der Verwaltung, die Anforderungen an die Baumeister herabzuföhren. Daß im Jahre 1856 vom Cultusminister eine Erklärung verlangt sei, habe er heute zum erstenmal gehört; wenn an ihn (den Redner) die Anforderung ergangen sei, würde er gern Auskunft ertheilt haben. Eine Rechtsverlezung sei nicht beabsichtigt worden. Indes habe er gleich bei Eingang der Petition sich mit dem Cultusminister in Vernehmung gelegt und würden alle Schüler der Real-Schulen, die der Cultusminister ihm beigeleitet, in die Bauakademie aufgenommen werden. Dem Antrage der Commission trete er nicht entgegen.

Abg. Gneist will sich nach den Worten des Cultusministers auf die formelle Seite der Frage befragen. Der eigentliche Schüler der Real-Schulen sei der Handelsminister, und darin daß die in Riede stehenden Verfassungen gerade von ihm, dem Patron der Real-Schulen ausgegangen seien, gerade darin liegt das Verlegendste. Zu solchen Maßregeln wären die bisherigen Erfahrungen in keiner Weise genügend und ausreichend gewesen. Der Commissions-Bericht wolle nichts mehr als Aufrechterhaltung des Status quo; er stimme für den zweiten Theil desselben; der erste Theil sei durch die Riede des Cultus-Ministers erledigt.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird abgelehnt.

Abg. Reichenberger (Köln): Die Frage, ob die Anforderungen der Ober-Baukommission nicht zu hoch wären, sei von der Commission nicht erledigt. Er habe diese Frage nur angeregt, und glaube bei der Sache gewesen zu sein; die klassischen Studien habe er durchaus nicht angegriffen, sie seien aber nicht für alle Zweige nötig.

Abg. Beizke glaubt nicht, daß ein gründliches Studium der klassischen Sprachen nötig sei zum Baufache, zum Fortfache u. s. w. Der landwirtschaftliche Minister, der Finanzminister könnten ganz tüchtig in ihrem Fach sein, ohne gute Lateiner zu sein. (Der Redner spricht unter großer Unaufmerksamkeit des Hauses, und ist von seiner Riede sehr wenig zu vernehmen.) Er hält dafür, daß man auf die klassischen Studien zu viel Wert lege, namentlich moderne und mittelalterliche Geschichte zu sehr vernachlässige. Deshalb bedürfe man Real-Schulen um das Moderne und Lebende darin zu pflegen.

Abg. Edstein verwahrt sich gegen die Neuerungen des Vorredners über das klassische Alterthum. In einer preußischen Kammer werde Niemand zuge-

Breslau, 22. März. [Theater.] In dem ersten Viertel des dreizehnten Jahrhunderts dichtete Meister Gottfried von Straßburg seinen unvollendet gebliebenen „Tristan“, zu welchem Ulrich von Lürlin und Heinrich von Freiberg Fortsetzungen liefererten, ohne jedoch in ihren Bearbeitungen dieses Lieblingsstoffs der mittelalterlichen Poesie ihren Vorgänger im Entfernen zu erreichen. Jetzt, nach einem Zeitraume von 600 Jahren, hat ein k. k. Oberleutnant und Professor an der Militär-Akademie in Bruck bei Znaim den Stoff dieses Gedichtes aufs neue hervorgebracht und mit der freiesten Benutzung zu einem Drama geformt, welches Joseph Weilen eine weit hervorragende Stellung unter den lebenden Dichtern sichert und bei der wiederholten Aufführung auf der hiesigen Bühne mit Recht als eine der besten Schöpfungen der letzten Jahrzehnte anerkannt worden ist. Wenn psychologische Treue der Charakterzeichnung, spannende Lebendigkeit der Handlung und edle Sprache einem dramatischen Gedichte nicht blos einen augenblicklichen Erfolg vor dem Publikum, sondern eine bleibende Stelle in der Literatur verbürgen, so gehört dieses „romantische Drama“ gewiß unter jene bevorzugten Schöpfungen, an welchen sich auch die Zukunft noch erfreuen wird, und wir dürfen auf Joseph Weilen mit Recht als auf einen Dichter stolz sein, welcher sein Erstlingswerk als ein Meisterwerk vor die Welt treten ließ. Wer kennt nicht die Sage von Tristan's Liebe zu Isolde? Aber Weilen's Tristan schwankt nicht blos zwischen Verlangen und Genuss, und sowie der Zauberling nur äußerlich an dem Conflicte zwischen ihm und seinem Oheimhe Marke schuld ist, so löst er diesen Conflicte auch durch seinen eigenen Entschluß mit Entzagung und Tod. Tristan, der Liebling seines weib- und kinderlosen Oheimhe, des Königs Marke von Cornwall, wirbt für diesen bei der Königin Böllura von Island um deren Tochter Isolde, deren Abneigung gegen dieses Band durch einen Zauberling vernichtet werden soll, welcher die Kraft besitzt, beiden Herzen unaufhörlich an einander zuketten, sobald ihn Isolde an Marke's Finger gesteckt hat. Da jedoch Böllura das Geheimnis dieser Eigenschaft nur Isolden's Gespielin, der Selavin

Brangane, mittheilt, so geschieht es, daß Isolde, von welcher Tristan schon längst insgeheim geliebt wird, diesem nach ihrer Rettung von einem Schiffbruch den Ring als Andenken an den Finger steckt und dadurch eine so heftige Liebe in ihrem Gefährten

ben wollen, daß man das Alterthum aus Neuerungen lernen lernen könne. Er wolle für seine Person nicht dazu schwärmen, daß hier erachtet werde, daß Utilitätsprinzip in die Verwaltung einzuführen. Daß man seit 1856 geschwiegen, komme daher, daß die Todesstunde der Realshulen erst 1858 gefüllt sei; bis dahin hätten ihre Eltern ja noch zum Kauf übergehen können.

Bei der Schlusrede des Berichterstatters Lamana zielten sich, ebenso wie vorher bei der des Abg. Brücke, die altilichen Verhältnisse des Hauses, sowie der Journalistentribüne wieder von ihrer schlimmsten Seite. Beide Redner sprachen nur ein wenig nach rechts hinüber, und wurden sofort, von einzelnen Worten abgesehen, auf der Journalistentribüne unverständlich. Dabei herrschte im Hause lebhafte Unruhe; auf der Linken wurde laut Gespräch geführt.

Bei der Abstimmung wird die Überweisung an die Regierung einstimmig beschlossen; die Erwartung auf die gesetzliche Regelung auszusprechen, wird mit großer Majorität, der Schlusstext des Kommissionsantrages wieder einstimmig angenommen. Die Minister stimmen für alle drei Punkte.

Graf Schwerin übernimmt wieder den Vorsitz; es schreitet das Haus zur Beratung des nächsten Berichtes der Petitions-Kommission. Ueber die bekannte Petition des Kaufmann Nielen zu Elbing geht das Haus, nachdem der Berichterstatter, Abg. von Säuden-Julienfeld, den Antrag der Kommission empfohlen, da Niemand das Verfahren des ehemaligen Ministers des Innern gegen den hochbaren Petenten vertheidigt, dem Kommissionsantrag gemäß, zur Tagesordnung über.

Die nächste Petition ist die Beschwerde des Rittergutsbesitzers v. Wolniewicz, wegen Veröffentlichung eines, unter seinen Papieren polizeilich mit Beschlag belegten Briefes. Das Hauptpetitum geht auf Belehrung des Beamten, welcher den Brief aus dem Gewahrsam der Polizei entnommen und veröffentlicht hat, und dieses Petitum will die Kommission der Regierung zur Verübung überweisen — daneben auf Zurückgabe der noch polizeilich behaltenen Briefschriften, sowie auf Befürwortung mehrerer allgemeiner Grundsätze, in Bezug auf Verhaftungen, Haftsuchungen u. dgl. — über alle diese Punkte beantragt die Kommission Tagesordnung.

Referent Abg. Wachler macht Mittheilung von dem Eingange eines Nachtrags zur Petition, worin Petent angeht, daß ihm sämtliche Papiere, bis auf die zwei Hauptbriefe zurückgegeben seien, und außerdem neue Anträge auf Disciplinar-Untersuchungen gegen den Oberpräsidenten von Puttkammer, und den Polizei-Präsidenten von Bärensprung einreicht; diese Petitionen, bemerkt der Referent, würden einer besonderen Beratung zu unterziehen sein; die heutige Beratung würde dadurch nicht berührt.

Abg. von Niegolewski: Petent, ein außerordentlicher Landwirt, habe eine Broschüre gezeichnet, im landwirtschaftlichen Interesse. Der Oberpräsident habe Ordre gegeben, das Manuskript mit Beschlag zu belegen, und desgleichen die gedruckte Broschüre. Der betreffende Polizei-Inspektor teilte dem Petenten noch mit, er habe außer dem örtlichen Befehl zur Belehrung noch den mündlichen Auftrag erhalten, die sämtlichen Privatpapiere mit Beschlag zu belegen. In den mit Beschlag belegten Papieren habe sich etwas Strafbares nicht gefunden. Die Papiere habe Petent nicht zurückgehalten. Die Behörde habe nun aus eigener Machtvolkommenheit einen der mit Beschlag belegten Briefe veröffentlicht, und mit einem, für den Petenten verlegenden Kommentar verbreitet. Dies sei die Art und Weise, wie gewöhnlich im Großherzogthum Posen verfahren werde. Vergleichbar habe sich Petent an die Staatsanwaltschaft, und an die Verwaltungsbehörde gewandt. Doch falle der betreffende Beamte unter § 155 des Strafgesetzbuchs, wonach Beamte zu bestrafen seien, welche ihnen anvertraute Briefe veröffentlichten. Der Redner liest den betreffenden § des code penal vor, um nachzuweisen, daß das preußische Recht weiter gebe als das französische. Auch die Anwendung des § 225 des Strafgesetzbuches unterliege keinem Bedenken, denn es liege hier seitens der Beamten eine Unterschlagung vor. (Der Redner wird hierbei vom Präsidenten unterbrochen, da die Anwendung der einzelnen Gesetze stellen Sache des Richters sei.)

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Noah bezieht sich auf die Erklärung in der Kommission. Petent habe, was die Zurückgabe der Briefe angehe, den Instanzenzug nicht inne gehalten. Trotzdem erklärte er wiederholzt, es werde dafür gesorgt werden, daß Petent sämtliche Papiere zurückgegeben werden würden, auch die beiden jetzt noch fehlenden Briefe. Man sehe übrigens aus der Zurückgabe der Papiere (die vor Kurzem erfolgt ist) die Wirkung der herannahenden öffentlichen Diskussion.

Nachdem das Haus beschlossen, die Debatte über sämtliche Punkte der Petition auszudehnen, erhält Abg. v. Niegolewski wiederum das Wort: Herr v. W. sei, als er sich wegen der Veröffentlichung der Briefe an den Staatsanwalt gewendet, nicht nur nicht zurückgewiesen, sondern noch rectificirt worden, weil er den Wuth gebahnt, den Schutz des Gesetzes in Anspruch zu nehmen. Zur Erörterung der einzelnen Punkte übergehend, bemerkt der Redner, daß allgemeine Interesse für die Übung des Rechts erforderlich die Verübung der Anträge des Petenten. Ungeachtet der Minister des Innern die Herausgabe der Papiere verfügt, sei die Rechtsverletzung weiter gegangen, da die Verübung nicht erfolgt sei. Er könne ein ganzes Register von Fällen vorführen, wo Beamte niemals zur Untersuchung gezogen seien wegen Überbreitungen in ihren Amtsführungen; wohl aber sei ein Crimischer verfolgt worden, der in seinem Garten Blumenbeete mit Steinen eingefriedigt, und diese mit roth und weißer Farbe angestrichen habe, und der Staatsanwalt habe erklärt, diese Verfolgung geschehe auf besonderen Befehl des Oberpräsidenten.

Der Justizminister verwahrt die Beamten der Staatsanwaltschaft gegen die Angriffe des Vorredners. Die thätsächlichen Grundlagen der Petition seien richtig. Daß die Staatsanwaltschaft den Petenten auf die Crivillage wegen Injuren verweise, sei ganz dem § 16 der Einführungsgesetze zum Strafgesetzbuche conform. Diese Klage habe zur Verurteilung des Redakteurs der „Posener Zeitung“ in allen Instanzen geführt. Seitens des Justizministers sei also in Sachen der Beleidigung nichts zu thun. Was die Anwendung des § 155 des Strafgesetzbuches anbetrifft, so glaube er mit der Ober-Staatsanwaltschaft, daß derselbe auf den vorliegenden Fall nicht anwendbar sei. Dijenigen Beamten, welche nicht gegen ein bestimmtes Strafgesetz verfehlten, seien nicht Gegenstand einer criminalrechtlichen, sondern einer Disciplinar-Untersuchung. Nun unterlagen der Strafe des § 115 des Strafgesetzbuchs nur solche Personen, die zu dem gräbleren Publikum in einem näheren Vertrauensverhältnis ständen, als Advokaten, Apotheker, Aerzte, Geistliche u. s. w. Der § 155 könne analog, auf andere Beamte, nicht angewandt werden. Consequens jenes § sei, daß die vorgenannten Personen zum Zeugniß in den anvertrauten Angelegenheiten nicht geschworen werden könnten. Eine Unterschlagung läge ebensoviel vor; denn die Unterschlagung sei die Absicht einer Vermögensbeschädigung voraus. Ob nun ein Beamter im vorliegenden Falle sich disciplinarisch strafbar gemacht, wage er nicht zu entscheiden. Die Justiz, speziell die Staatsan-

waltschaft, sei aber nicht berechtigt, einen Antrag auf Disciplinaruntersuchung zu stellen. Demnach falle der Staatsanwaltschaft im Großherzogthum Posen kein Versehen zur Last.

Reg.-Kommissar Noah wünscht, daß Manches nicht vorgekommen sein möchte. Er sieht sich aber genötigt, den Beschuldigungen, welche der Abg. v. Niegolewski ausgesprochen, entgegen zu treten. Bemerken müsse er aber zugleich, daß irgend eine Beschwerde an das Ministerium von Seiten des Petenten nicht gelangt sei, sondern daß der Minister des Innern vom Justizminister Kenntnis darüber erlangt habe. Es sei in der ganzen Sache rein von Amts wegen verfahren worden, es seien Verfügungen erlassen, um die Disciplinaruntersuchung zum Auftakt zu bringen. Wenn der Redner aber Thatsachen angeführt habe, zum Beispiel in Posen verfahren, so würde es zweckmäßig gewesen sein, wenn er diese nicht hier von der Tribüne mitgetheilt, sondern zur Kenntnis seines Chefs gebracht hätte; er würde, dies könne er in dessen Namen erklären, wären die Anführungen auch nur zum Theil begründet, gewiß nicht ermangelt haben, die nötige Remedur eintreten zu lassen. (Bravo rechts.)

Abg. v. Blanckow bewirkt in Bezug auf eine Änderung des Reg.-Kommissars Hrn. Noah, er hoffe, daß preußische Beamte stets ihre Pflicht thun würden, ohne Rücksicht, ob Petitionen an das hohe Haus gingen oder nicht. (Bravo auf allen Seiten des Hauses.)

Abg. v. Binde (Hagen) für den Commissions-Antrag. Der Regierungs-

Kommissar habe sich wohl nur verstanden seine Erklärung, der dieser nachher zustimmt. Ueber die allgemeinen Anträge oder Bitten des Petenten könne man zur Tagesordnung übergeben; die bestehenden Gesetze genügen, sie müßten nur ausgeführt und befolgt werden. Dagegen sei der Antrag des Petenten, daß die Gerichte auch ohne die Staatsanwaltschaften ex officio gegen Delinquente sichten einschreiten können, wohl zu berücksichtigen; bei uns habe ja der Justizminister die Befugnis, die Staatsanwaltschaft anzuweisen, daß sie ein Vergehen gar nicht verfolge; das sei ganz abnorm und bedürfe einer gesetzlichen Aenderung; diese Ansicht habe er auch in der Petitions-Kommission vertreten, indem habe die Mehrheit derjenigen geglaubt, die vorliegende Petition sei nicht der Art, um solche Fragen zu erledigen. — Der Redner tadelt dann, daß auf eine Beschwerde des Petenten beim Justizminister die Antwort an den Ober-Staatsanwalt Seeger gegangen sei, ohne daß Petent averteirt worden; dadurch sei es diesem unmöglich geworden, sich bei Ablehnung des Gesuchs um Criminalverfolgung des schuldigen Beamten seitens des Justizministers mit einem Antrage auf Disciplinar-Untersuchung an den Minister des Innern zu wenden. Der damalige Minister v. Westphalen, den er (Redner) und seine Freunde oft hätten angreifen müssen, habe in dieser Sache gelegentlich gehandelt, indem er am 21. Januar 1857 in einem Rescript an den Oberpräsidenten die Sache der „ernstesten Rüge werth“ erklärte. Daß nun seitdem zwei Jahre und zwei Monate vergangen, ohne daß etwas in dieser Sache gethoben, in einer so klaren, einfadten Sache — das sei in Preußen ganz abnorm, das sei man von den preußischen Behörden bisher nicht gewohnt. Er hoffe, daß der jetzige Minister des Innern die Untersuchung streng nicht blos gegen den schuldigen Beamten, der an der Veröffentlichung des Briefes schuld sei, sondern auch gegen dessen Vorgesetzte führen und zu Ende bringen werde. (Bravo rechts.)

Minister des Innern: Die Regierung sei mit dem Commissions-Antrag einverstanden; er verpreche, die Schulden nach der Strenge des Gesetzes strafen zu lassen. (Lebhaftes Bravo rechts und im Centrum.)

Justizminister: Er habe bereits sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß der Petent nicht direct beschieden worden; er habe die von ihm erlassene Verfügung selbst mitgetheilt, um daraus zu konstatiren, daß die Absicht nicht gewesen, den Petenten unbedacht zu lassen.

Abg. v. Niegolewski spricht für die Erklärung des Ministers des Innern seinen und der ganzen Provinz Dank aus.

Präsident Graf Schwerin: Der Abg. Schott hat sich zu einer persönlichen

Bemerkung zum Wort nach dem Schlus der Diskussion gemeldet; da ich aber nicht bemerkt habe, daß er in der Debatte persönlich genannt ist, so ertheile ich ihm lieber jetzt das Wort (Heiterkeit).

Abg. Schott protestiert (als ehemaliger Staatsanwalt im Posenschen) gegen die Neuauflage des Abg. v. Niegolewski, wonach „eine solche Wirklichkeit bei allen Staatsanwaltschaften im Großherz. Posen stattfände“, und bedauert, daß weder der Justizminister seine Beamten in Schutz genommen, noch der Präsident den Redner rectificirt habe.

Der Präsident: Ladelnde Urtheile über Behörden und Beamten hätten die einzelnen Redner selbst zu vertreten; wenn dieselben sich frei von Persönlichkeit halten, müßten sie im Interesse der Redefreiheit gestattet bleiben (lebhaftes Bravo rechts).

Justizminister: Er habe auf die Angriffe gegen die Staatsanwaltschaften nicht geantwortet, weil es ihm widerstrebe, auf das Gebiet der Persönlichkeiten einzugehen (Bravo).

Nachdem Reder Abg. Wachler für den Commissions-Antrag angeführt, daß es bei Annahme deselben Sache des Staatsministeriums sein würde, ob es die Angelegenheit zur strafrechtlichen oder disciplinarischen Verfolgung geeignet halte, wird der Commissions-Antrag einstimmig angenommen.

Eine Petition verschiedener freier Gemeinden verlangt gesetzliche Regelung ihrer Angelegenheiten; die Commission hat Überweisung an die Regierung beantragt; auf Antrag des Referenten Abg. Techow wird nunmehr, mit Rücksicht auf diesen in dieser Hache schon gefassten Besluß des Hauses, die Petition für erledigt erklärt.

Die Petition von erfurter Wahlmännern, die Theilung des dortigen Wahlkreises nach städtischen und ländlichen Elementen betreffend, wird von der Commission als Material an die Regierung für das zu erwartende Gesetz wegen Feststellung der Wahlbezirke empfohlen.

Abg. v. Wedell geht auf die Parteizustände in Erfurt und Umgegend im Jahre 1848 und folgende zurück; vom Präsidenten unterbrochen, erklärt er, in diesen Verhältnissen lägen die Motive der Petition; vielfach vom Hause mit dem Rufe „zur Sache“ unterbrochen, erklärt sich der Redner schließlich mit dem Commissions-Antrag einverstanden.

Abg. v. Binde (Hagen) vermaht an Stelle des abwesenden Referenten die Petitions-Kommission gegen den vom Vorredner gemachten Vorwurf, in ihrem Bericht die Petition nicht richtig wiedergegeben zu haben; er habe in dem Vortrage des Vorredners als einziges Novum „sieben Kürassiere“ gefunden, und da diese dem Jahre 1848 angehören, so habe die Commission wohl nicht nötig, sich mit dieser Kavallerie noch abzugeben. — Die Überweisung an die Regierung wird nach dem Commissions-Antrag beschlossen.

Eine zweite Petition derselben Wahlmänner, auf Sicherung der Wahlfreiheit gerichtet und mit den in Erfurt vorgekommenen Unregelmäßigkeiten motivirt, soll ebenfalls der Regierung überwiesen werden.

Abg. v. Wedell für die Tagesordnung, indem er seinerseits über die erforster Wahl berichtet und nochmals dem Bericht der Petitions-Kommission Unrichtigkeiten vorwirft.

v. Binde erklärt die Vorwürfe des Vorredners gegen den Referenten für nicht sachgemäß, für vollkommen unbegründet, und hätte gewünscht, daß der Vorredner seine Worte gegen den abwesenden Referenten besser gewählt habe. Die Grundsätze der Petition wird wohl das ganze Haus theilen. Der Minister des Innern würde wohl das ganze Material über die erfurter Wahl genossen haben, sonst hätte er den Antrag noch ausgedehnt, da der Vorredner, wie er eben erzählt, ohne Wahlmann zu sein, doch im Wahllokal antreten gewesen.

Der Präsident bestreitet, daß der Vorredner dem Referenten den Vorwurf gemacht, nicht richtig referirt zu haben, und bezeichnet die vom Abg. v. Binde gemachten Neuauflagen als für den Vorredner verlegend.

Abg. v. Wedell versichert, daß er im Wahllokal nicht anwesend gewesen sei. Abg. v. Binde: Er habe nur den Referenten verteidigen wollen, und seine Nachbarn hätten den Redner eben so verstanden wie er.

Die vom Abg. v. Wedell vorgeschlagene Tagesordnung wird verworfen (da für die Fraktionen Brandenburg und Arnim, so wie einige Katholiken). Der Commissions-Antrag wird angenommen.

Schlüß der Sitzung 3½ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch. Tagesordnung: Petitions- und Budget-Berathungen. — Am Sonnabend kommen die Berichte der Budget-Kommission über den Etat des Ministeriums des Innern und über die allgemeine Kassenverwaltung zur Berathung.

3 Berlin, 21. März. Mit dem ersten Sonnenschein des Frühlings ist eine Beruhigung in die öffentliche Meinung gekommen, als hätte man nie etwas von den Nebeln der italienischen Frage und von dem Dunst der französischen Politik empfunden. Und dennoch müssen diese beiden Faktoren bei der Beurtheilung der gegenwärtigen Situation noch immer vorzugsweise in Rechnung gezogen werden und dürfen sich innerhalb der letzten acht Tage kaum wesentlich verändert haben. Was den Umschwung der allgemeinen Stimmung so plötzlich bewirkt hat, steht offenbar im Zusammenhange mit dem Umstände, daß die günstige Ansicht von den Ergebnissen der durch Lord Cowley angekündigten Unterhandlungen, welche in den diplomatischen Regionen schon früher zur Geltung gekommen war, jetzt auch in weiteren Kreisen Boden gefunden hat. Die gerechte Sprache der wiener Blätter hat vielfach dem Glauben Vorschub gethan, als ob das österreichische Kabinett einen Zusammensatz mit der napoleonischen Politik für unvermeidlich halte und deshalb jeden Vermittelungsversuch entschieden zurückweise. Dieser Glaube ward allerdings von unterrichteter Personen nicht geteilt, einmal weil er in den Traditionen der österreichischen Diplomatie keine Begründung fand und dann weil er von zuverlässigen Mitteilungen bestimmt widerlegt wurde. Ich habe Ihnen wiederholt, und auch noch in meinem jüngsten Briefe, die alle entgegenstehenden Gesichter abweisenden Versicherung gegeben, daß Österreich nicht abgeneigt sei, im Wege von Konferenz-Berathungen eine Verständigung mit den europäischen Mächten über die italienischen Verhältnisse zu versuchen. Jetzt wird eine solche Geneigtheit von allen Seiten bestätigt. Wenn jedoch schon von der Wahl eines Ortes für den in Aussicht genommenen Congreß die Rede ist, so eilt man den Thatsachen sehr weit voraus und vergibt, daß noch manche Vorbedingungen zwischen Österreich und Frankreich zu regeln sind. Jedenfalls glaube ich annehmen zu dürfen, daß Preußen nicht nach der ihm von den „Times“ zugeschriebenen Ehre strebt, Berlin zum Sitz des diplomatischen Areopag zu machen. (S. dagegen unsere Berliner Correspondenz in Nr. 136 d. 3.) — Man erwartet in der nächsten Zukunft die Beschlusnahme des Regenten über die schon seit längerer Zeit vorbereitete Reorganisation des Marine-Departements. Es handelt sich dabei bekanntlich um eine schärfere Trennung der eigentlichen Verwaltung von dem Kommando und um eine selbstständige Stellung des ganzen Departements. Allgemein ist die Vermuthung, daß die bevorstehende Umgestaltung auch das Ausscheiden des Geheimen Admiraltäters Gäßler und seiner Stellung als Direktor für die allgemeinen und Verwaltungs-Angelegenheiten zur Folge haben werde. — Fünft meldete ich Ihnen, daß der von einigen Seiten für das morgende Fest angekündigte Erlaß einer allgemeinen Amnestie nicht in Aussicht stehe. Ich halte diese Ansicht fest, will aber damit keineswegs behauptet haben, daß früher oder später nicht eine ansehnliche Zahl von Gnaden-Bewilligungen eintreten werde. Die betreffenden Vorarbeiten sind schon seit geraumer Zeit im Gange und dürfen dem Abschluß nicht allzufern sein.

○ Berlin, 20. März. Während in allen Blättern soviel von der beabsichtigten Bewaffnung der französischen Artillerie mit gezogenen Kanonen gesprochen wird (s. Nr. 135 d. 3.), ist bei uns ganz im Stillen eine höchst wichtige Veränderung vorgegangen. Da nämlich bei der jetzt erreichten außerordentlichen Vollkommenheit der Handfeuerwaffen, die gepfündigen Kanonen eine zu untergeordnete Stellung einnehmen müßten, so beschloß man an höchster Stelle, statt der gepfünd. überall 12pfündige Geschütze, wie deren Artillerie auch schon zum Theil besaß, einzuführen. Dieser Plan ist nun zur Ausführung gekommen, nachdem die vielfach angestellten Versuche ein sehr günstiges Resultat gehabt, so daß jetzt unsere ganze Feldartillerie mit Ausnahme der 2 Haubitzen, die für jede Batterie wahrscheinlich beibehalten werden, mit 12pfündigen Kanonen bewaffnet ist. Natürlich ist hierdurch auch eine Augmentation nötig geworden, da das gepfündige Geschütz 6, das 12pfündige dagegen 8 Pferde braucht und wegen der Vergrößerung

Weichtheile der unteren Gesichtshälften zerissen und die Mundhöhle verbrannt. Der Unglückliche soll schon früher mehrfach Lebensüberdruss und die Absicht, sich zu entleben, zu erkennen gegeben haben.

(Magd. 3.)

[Ein weiblicher Doktor.] In einem londoner literarischen Institute hält jetzt eine in New-York als Doctor medicinae graduirte Dame, Elisabet Blackwell, vor einem Frauenauditorium Vorträge über spezielle Abtheilungen der medizinischen Wissenschaft. Sie hat in New-York sieben Jahre lang praktizirt und soll einen sehr schönen Vortrag haben. Schon hat eine englische Dame 8000 £ angeboten, wenn in London ein Frauenhospital mit weiblichen Aerzten zu Stande kommen könnte.

[A. v. Humboldt] beeckt uns mit dem Gesuch, nachstehendes Schreiben zu veröffentlichen:

„Leidend unter dem Druck einer immer noch zunehmenden Korrespondenz, fast im Jahresmittel zwischen 1600 und 2000 Nummern (Briefe, Druckschriften über mir ganz fremde Gegenstände, Manuskripte, deren Beurtheilung gefordert wird, Auswanderungs- und Kolonialprojekte, Einsendung von Modellen, Maschinen und Naturalien, Anfragen über Lustschiffahrt, Vermehrung automatisch Sammlungen, Anerkennungen, mich häufig zu pflegen, zu zerstreuen und zu erheitern u. s. w.), verfüche ich einmal wieder die Personen, welche mir ihr Wohlwollen schenken, öffentlich aufzufordern, dahin zu wirken, daß man sich weniger mit meiner Person in beiden Kontinenten beschäftige, und mein Haus nicht als ein Adress-Kontoir benutze, damit bei ohnedies abnehmenden physischen und geistigen Kräften mir einige Ruhe und Muße zu eigener Arbeit verbleibe. Möge dieser Ruf um Hilfe, zu dem ich mich ungern und spät entflossen habe, nicht sieblos gemisdeutet werden! Berlin, 15. März 1859. Alexander v. Humboldt.“ (Voss. 3.)

[Wien.] Die Gewinner der beiden Haupttreffer der letzten Verlosung der fürstlich Palffy'schen und fürstlich Salm'schen Lotterielose.

(Presse.)

Dresden, 18. März. [Ein interessanter Injurien-Prozeß.] Vor dem hiesigen königl. Bezirks-Gericht ist kürzlich ein interessanter Injurienprozeß anhängig gemacht worden. Die gegenwärtig in Dresden lebende Künstlerin Frau v. Bock (Schröder-Devrient) hatte am 28. Februar in Leipzig, in einem Konzert

des Kalibers die Batterie auch je 2 Pferde mehr für die Fortschaffung der Munition haben müßt. — Diese Veränderung ist ohne Zweifel ein bedeutender Fortschritt und vielleicht in noch höherem Maße, als die in der französischen Artillerie, da man mit gezogenen Kanonen zwar vielleicht mit größerem Vortheile gegen andere Geschütze und besonders gegen Schiffe wird schießen können, während gegen Infanterie, da man aus ihnen nicht, wie aus glatten mit Kartätschen und Shrapnels schießen kann, sie gegen unsere Geschütze zurückstehen werden.

Deutschland.

Karlsruhe, 20. März. [Militärische Maßregeln.] Das gestern ausgegebene „Regierungsblatt“ gibt bekannt, daß das großherzogliche Kriegsministerium ermächtigt worden, den gegenwärtigen Bedarf von Militärpferden im Wege der zwangswise Aushebung zu remontiren. Vorläufig ist die Zahl der zu remontirenden Pferde auf 2900 festgesetzt, und die Aemter sind angewiesen, den Vollzug anzutun. Frankreich besetzt nach und nach ganz im Stillen die Rhein-Grenze. Von der Gegend am badischen Oberhain habe ich in meinem letzten Briefe das Bezügliche geschrieben; nun sind auch gutem Vernehmen nach in den kleinen französischen Festungen gegenüber Kastatt, nämlich in Lauterburg und Hagenau, und, wie man sagt, sogar in dem unbefestigten Orte Selz, etwa $1\frac{1}{2}$ Stunden von Kastatt jenseits des Rheines gelegen, Artilleriemannschaften angekommen. Die Besetzung wird in kleinen Abtheilungen ausgeführt, wahrscheinlich auch, „um Aufsehen zu vermeiden“, wie bei den Pferdekaufen. Zwischen Kehl (badisch) und Straßburg giebt es bereits Reitereien, so daß sich der großherzogliche Kommandant von Kehl, Major von Weiler, schon wiederholt veranlaßt gesehen hat, öffentliche Erklärungen gegen jenseitige Aufregungen abzugeben. Gestern war der großherzogl. Kriegsminister zur Inspektion in der Bundesfestung Kastatt. Wie man versichert, wird demnächst eine Ministerialverfügung erscheinen, welche sämtlichen Zeitungen des Landes verbietet, über Vorgänge in der Festung und überhaupt von Truppenbewegungen im Lande zu berichten. (N. Pr. 3.)

Vom Harze, im März. Das in den letzten Jahren zwar im Stillen, aber mit großem Eifer vorbereitete Unternehmung der Herstellung eines Schienenweges von der hannoverschen Südbahn bei Nordheim über Osterode bis zur preußischen Grenze bei Nüxen und eventuell bis Nordhausen, zum Anschluß an die projektierte Halle-Nordhäuser Bahn, ist, sicherem Vernehmen nach, nunmehr so weit gediehen, daß zur Bezeichnung der Aktien vorgeschriften werden kann.

So wenig günstig im Allgemeinen die gegenwärtigen Zustände neuen industriellen Unternehmungen sein mögen, so sehr verdient das vorliegende Projekt die Theilnahme und die Unterstützung des Publikums.

Zwei große Zwecke sind es, die ihrer Verwirklichung durch diese Anlage entgegengesetzt werden: die Verbindung des Harzes mit einer Eisenbahn, und die Herstellung einer direkten Verkehrsleitung, welche die gewerbreiche Provinz Sachsen auf der einen Seite mit dem Königreich Sachsen, Böhmen und Schlesien u. a., auf der andern Seite mit Holland, Belgien, dem Unterhain auf kürzestem Wege verbindet.

Soll das längst von allen Seiten erkannte Bedürfniß eines Anschlusses des Harzes an die Eisenbahnen zur Ausführung gelangen, so ist es, wenn dabei die Rentabilität des Unternehmens in den Vordergrund gestellt wird, nur auf dem Wege einer Linie möglich, welche zugleich die Südbahn mit Halle-Leipzig verbindet; denn nur auf diese Weise kann der Harzbahn neben einem bedeutenden Lokalverkehr ein großer und gewinnreicher Durchgangsverkehr gesichert werden.

Mit Rücksicht auf diese günstige Lage des Unternehmens muß man demselben vor demjenigen Projekte, welches die Stadt Goslar früherhin zur Ausgangspunkte einer specificischen Harzbahn machen wollte, den unbedingten Vorzug euräumen.

Sorgfältige, auf die bestehende Verhältnisse gestützte Berechnungen, weisen die Rentabilität der intendirten Eisenbahn schon aus dem reinen Lokalverkehr nach.

Eine große Stütze und eine sichere Bürgschaft für die Zukunft erlangt das Unternehmen durch die von der königl. hannoverschen Regierung zugesagte Beihilfung beim Zeichnen der Aktien.

Nach allen Erwägungen eröffnet sich hier nach manchen unsichern, aus dem Schwindelgeist der Neuzeit hervorgegangenen Projekten wieder einmal ein solides Unternehmen, welchem das Publikum mit Vertrauen Unterstützung anbieten kann.

Oesterreich.

Wien, 21. März. Se. kais. Hoheit der Erzherzog Johann dürfte zehn bis 12 Tage hier verweilen.

Der königl. preußische Gesandte am wiener Hofe, Freiherr v. Werther, ist gestern Abends von Berlin hier angelangt und im preußischen Gesandtschaftshotel (in der Kärntnerstraße) abgestiegen.

Der „Königl. Ztg.“ schreibt man aus Mailand, 13. März, „daß die Gemeinden für jeden fehlenden beurlaubten Lombarden mit einer bedeutenden Geldstrafe belegt seien, welcher Maßregel wohl zumeist das überraschend pünktliche Eintreffen der Beurlaubten zuzuschreiben sei.“

Die Thatsache des überraschend pünktlichen Eintreffens der Beurlaubten erklärt die „W. Z.“ für richtig, aber das Motiv, welches der Korrespondent dafür angibt, für unwahr und stellt der diesfälligen Angabe ein entschiedenes Dementi entgegen.

Franreich.

Paris, 19. März. Der Horizont ist heute in Paris etwas weniger trüb. Man hofft, daß der Vermittelungs-Vorschlag Englands und Preußens definitiv von dem Kaiser angenommen werden wird. Nach seiner Ankunft hat Lord Cowley nach einander mehrere Audienzen bei dem Kaiser erhalten: die erste war sehr lang und die zweite sollte am folgenden Tage stattfinden, als noch am Abend der Kaiser den Lord zu sich entbieten ließ. Aus Anlaß des 20. März wird morgen eine große Revue über die Garde abgehalten, von welcher im Volke viel gesprochen wird, denn das Volk kümmert sich im Ganzen wenig um die großen politischen Diskussionen, sondern sieht nur die Thatsachen, und die große Manifestation, die morgen statthaben wird, ist ihm eine Thatsache. Die Tragweite derselben indes überschätzt man wohl: ich glaube nicht, daß seitens der Armee irgend welche kriegerische Kundgebung erfolgen wird. Auch eine kaiserliche Ansprache, falls eine solche gehalten werden sollte, dürfte einen kriegerischen Charakter nicht haben. So würden denn alle Befürchtungen, die man teilweise hegt, als grundlos sich erweisen. — Man hat neue Nachrichten über die Expedition in Cochinchina. Man erwartet daselbst die Verstärkungen, welche kürzlich abgesendet worden sind; es scheint, daß man in diesen Gegenden einen lebhafteren Widerstand gefunden hat, als man anfänglich glauben möchte. Die anamitischen Soldaten schlagen sich bei weitem besser, als man erwartete; sodann scheint auch die Cholera in diesem Lande unerhörte Verheerungen angerichtet zu haben. — Man sprach heute sehr stark von der bevorstehenden Abreise des Prinzen Napoleon nach Italien. Allerdings gedenkt der Prinz in einiger Zeit abzureisen, aber er wird dies nur mit Genehmigung des Kaisers thun und abwarten, bis der Horizont sich etwas aufgeklärt hat. — Ich erfahre so eben, daß die Befehlshaber der Militär-Divisionen erhalten haben, die vor dem 1. Januar ertheilten Urkunds-Befehle nicht zu verlängern. Eine große Zahl der Beur-

laubten wird Ende März, wo ihr Urlaub abläuft, sich einstellen und nach den betreffenden Corps dirigirt werden. Die aktive Armee wird dadurch etwa um 50,000 Mann verstärkt werden. — Die Kammer zeigt eine solche Festigkeit, daß man es als wahrscheinlich betrachtet, daß dem Marine-Ministerium wieder alle Dienstzweige werden zugethieilt werden, welche von demselben getrennt worden waren, und daß man das Ministerium für Algerien lediglich auf die Angelegenheiten dieses Landes beschränken werde. Die Kammer hat gesunden, daß das berathende Comitee, welches eingefetzt worden, viel zu zahlreich ist. Die Mitglieder desselben sind alle besoldet, und es führt dies zu bedeutenden Ausgaben. Aus Rücksicht für den Prinzen Napoleon würde man diese Einwendungen vielleicht nicht erhoben haben, wenn er in den Geschäften verblieben wäre; da das aber nicht der Fall ist, so fühlt man sich freier und die Reformen gehen ihren Gang. Die Zeit der Session verfließt rasch. Die Kammer hat bereits beinahe die Hälfte der ihr zugemessenen Zeit verwendet und noch über keine bedeutende Vorlage beschlossen. Es wäre merkwürdig, wenn man in dieser Session nur das Budget und einige untergeordnete Gesetze vorrite.

Paris, 19. März. Der „Moniteur“ von gestern meldet an der Spalte seines amtlichen Theiles: „Hr. Graf v. Pourtales hat die Ehre gehabt, heute vom Kaiser in öffentlicher Audienz empfangen zu werden und demselben die Schreiben zu überreichen, die ihn bei Sr. kais. Maj. als außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Sr. Majestät des Königs von Preußen beglaubigen. Herr Graf v. Pourtales hat zu gleicher Zeit Sr. Majestät ein eigenhändiges Schreiben von Sr. kais. Hoheit dem Prinz-Regenten von Preußen überreicht. Der Kaiser war von seinen diensthürenden Offizieren umgeben. Der preußische Herr Gesandte wurde in einem Hofwagen mit dem üblichen Ceremoniel nach dem Tuilerien-Palaste abgeholt.“

Italien.

O. C. Turin, 19. März. Der bisherige Kommandant der Brigade Savona, Graf Cagliano, übernimmt die Grenadierbrigade, General Calderina die Brigade Astia. Der bisherige Kommandant der Militärschule, General Pettinengo, wird die Brigade Savona befehligen, Generalmajör Gianotti zum Generalleutnant befördert, bleibt zur Disposition des Ministeriums. Außer den erwähnten, die bekanntere Namen betreffen, fanden noch mehrere andere militärische Beförderungen und Ernennungen statt. Hiesige Blätter geben bekannt, daß Freiwillige, die sich für das Garibaldische Corps qualifizieren wollen, bei der Quästur nähere Auskunft erhalten.

Provinzial-Beitung.

** Breslau, 22. März. Zur Vorfeier des Geburtstages Sr. kais. Hoheit des Prinz-Regenten war das gesetzige Konzert der „Neuen städtischen Ressource“ besonders festlich arrangirt. Das von dem Bilscheschen Orchester ausgeführte Programm bot einen überaus reichhaltigen musikalischen Genuss dar. Nach der Weberschen Jubel-Ouverture und einer von Herrn Musikkapellmeister Bilse vorgetragenen Violinpartie wurde ein schöner Festgesang, gedichtet von C. Marks, von einem tüchtigen Sängerchor zu Gehör gebracht. Hierauf betrat Herr Stadtverordneter und Pfefferküchler-Altestier Hip auf, in Begleitung der Herren Vorstandsmitglieder Heßold und Marks, die Rednerbühne, um den patriotischen Gefühlen der Gesellschaft entsprechenden Ausdruck zu geben. Nachdem er die hohen Regententugenden des erlauchten Prinzen und die treue Liebe und Anhänglichkeit des Volkes für Höchstdieselben geschildert, brachte der Redner Sr. kais. Hoheit und dem ganzen königlichen Hause ein dreifaches „Hoch!“ in welches die zahlreiche Versammlung begeistert einstimmte. Der festliche Akt schloß mit Abklungan eines zweiten Festliedes und dem Hohenzollern-Marsch von Bilse.

■ Breslau, 22. März. Im Ordonnanzhause auf der Kirchstraße, in welchem sich die breslauer Invaliden-Versorgungs-Anstalt befindet, wurde heute Mittag der Geburtstag Sr. kais. Hoheit des Prinz-Regenten in eigner Weise gefeiert. Ein nicht genannt sein wollender Wohltäter aus Berlin, ein Kaufmann, ließ die Anstalts-Invaliden festlich bewirten. Eine lange Tafel war in dem gemeinschaftlichen Wohnzimmer der Krieger mit einer Auswahl von Speisen besetzt, und außerdem stand vor jedem Convict eine flasche guten, alten Weines. Die Portraits des Prinz-Regenten und des Prinzen Friedrich Wilhelm waren mit Blumen geschmückt, ebenso die Thüren des Hauses mit bunten Girlanden. Herr Stadtbezirks-Kommissarius und Stadtrath Seidel, so wie der Herr Major Medel v. Hembsbach hatten sich als Vorsteher der Anstalt um 12 Uhr eingefunden. Ersterer brachte, nadem er die Wichtigkeit des Tages in den gebrauchten Worten erörtert, auf Sr. kais. Hoheit den Prinz-Regenten ein dreifaches „Hurrah“, in welches die ergrauten Krieger freudig einstimmten. Hierauf ergriff Major Medel v. Hembsbach das Wort und erinnerte die Veteranen an die glorreichen Kriegsjahre 1813, 14 und 15, wo sie zusammengehalten mit dem ritterlichen König, und schloß mit dem Wahlspruch: „Wo Fürst und Volk zusammenhält, da ist Alles wohlgestellt.“

△ Breslau, 22. März. Als Nachfolger für den am 1. I. Mts. von hier nach Berlin gehenden Kapellmeister Saro vom 11. Infanterie-Regiment, hatte sich auch der Musikdirektor und Stadt-Musikus B. Bilse aus Liegnitz gemeldet. Man konnte aber auf die von ihm gestellten Bedingungen nicht eingehen. Wahrscheinlich durfte der durch seine reizenden Polkas und Galops berühmt und uns sehr bekannt gewordene Kapellmeister Faust vom 26. Infanterie-Regiment die Stelle des wackeren Saro einnehmen. Faust's neueste Composition ist der hier sehr beliebte Mephistopheles-Galopp. Sein „Gruß an die Ferne“ ist bereits Volksmelodie geworden. In gleicher Weise hatte sich auch ein Stabstrompeter eines Artillerie-Regiments zu der vacanten Stelle gemeldet.

○ Breslau, 21. März. Heute fand im Beisein des Herrn Schul- und Regierungsraths Scheibert und des Herrn Syndikus Anders mündliche Prüfung der Abiturienten des Magdalengymnasiums statt. Zu derselben hatten sich 14 Oberprimaer gemeldet; von diesen wurden H. Zimmermann, Schmeidler, Frhr. v. Ficks wegen ihrer tüchtigen Vorarbeiten vom mündlichen Examen disqualifiziert. Bestanden haben außerdem Lilie, Leuber, R. Zimmermann, Mehnert, Büttner, Pniower, Friedrich, v. Uechtritz, Kleme, Pitsel und Engels. Von ihnen wollen sich dem Vernehmen nach 5 dem Studium der Philosophie, 2 dem der Theologie, 4 dem Militär-, 1 dem Bergmanns-, 1 dem Verwaltungsbemant-, und 1 dem Kaufmannsstande widmen.

■ Breslau, 21. März. [Das Examen der Kallenbach'schen Spielsschule] fand heute Morgen zwischen 9 und 12 Uhr in den freundlichen Räumen des Turnsaales an der Matthiastafel statt. Es hatten sich dazu circa 70 Knaben und Mädchen eingefunden, welche von ihren Lehrerinnen und Lehrern geprüft wurden. Ein kindliches Lied eröffnete die Feier, welcher die Eltern und Freunde der Examinierten bewohnten. Dem Lied folgten Denk- und Sprechübungen; eine Bildtafel war zur Basis genommen. Die Kleinen nennen die Namen der Gegenstände richtig und schnell, setzten dabei Gegenstände zusammen, welche lagen, standen, hingen; kurz und gut, es wurden aus Wörtern, vorrechte Sätze gebildet. Nicht minder schnell und richtig redeten die Kinder additiven, subtraktiven im Kopfe, erklärten, wie es gerade so und nicht anders sein müsse; eben so torheit ging das Lesen aus dem sogenannten Französischlein und den Tafeln. Auch im Französischen zeigten die Kinder Gewandtheit in der Aussprache. Was nun die Deßlamationen betrifft, so werden sie gewöhnlich im Ganzen gelernt, einzelne müssen dann hervortreten und die Gedichte vortragen.

Wir bemerkten keine Schüchternheit, keine Angst. Sehr interessant waren die Geländübungen, die ersten Anfänge des Turnens, wie die Kleinen die Arme hoben, senkten, die Beinchen, das Rumpfchen beugten und streckten, hüpfen u. c.; es war eine Freude anzusehen. Den Schluf des Exams bildeten Marschübungen, wobei manch kindliches Lied gesungen, manch Spiel gespielt wurde. Wir empfehlen diese Anstalt dem Publikum auf das Wärmste, zumal sie es in einem hohen Grade verdient.

** Breslau, 21. März. Der kalendermäßige Frühlingsanfang findet die Vegetation schon ziemlich weit vorgeschritten; doch ist der vorzeitige Frühlingswärme gewiß nicht zu trauen. Das auch zwei Schwäbel noch nicht Sommer machen, haben die letzten Tage bewiesen. Trotz des rauhen, stürmischen Wetters war übrigens der am vergangenen Sonntag zum erstenmale geöffnete Volksgarten schon ziemlich lebhaft besucht. Das Etablissement dürfte also auch diesen Sommer seine gewohnte Anziehungskraft behaupten.

Sicherer Vernehmen nach wird die Wiedereröffnung unseres Sommertheaters nicht vor dem 1. Mai erfolgen. Die Direktion hat für die bevorstehende Saison bereits die nötigen Engagements getroffen, und wie man hört, soll es ihr gelingen sein, mehrere tüchtige Komiker und ein ausnehmend reichhaltiges Damenpersonal zu gewinnen. Seit dem Schluf der vorjährigen Saison ist die Renovation des Glassaales im Wintergarten beendet worden. Die Räume werden in ihrer gegenwärtigen Gestalt nicht verfehlten, auf die Arenabesucher den angenehmsten Eindruck zu machen. Die Bilschesche Kapelle wird diesmal bedeutend verstärkt.

Der bekannte berliner Schauspieler Jean Dufresne hat im Verlage von A. Heymann eine Zusammenstellung der Schachwettpartien des Amerikaners P. Morphy gegen Anderssen, Harwitz und Löwenthal veröffentlicht. Diese Notiz wird unsere schachkundigen Leser umso mehr interessieren, als die beiden Herren Anderssen und Harwitz bekanntlich breslauer Landsleute sind.

■ Breslau, 21. März. Die gestern Abend stattgehabte Generalversammlung der „konstitutionellen Ressource im Weißgarten“ war von etwa 150 Mitgliedern besucht und wurde mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Demnächst erstatte der Vorstand-Vorsitzende und Schatzmeister Hr. C. S. Weiß den Redenberichtsbericht. Hierauf zählt die Ressource 853 Mitglieder, worunter 11 Ehrenmitglieder. Die Einnahme des verloffenen Gesellschaftsjahrs betrug 850 Thl. 7 Sgr. 6 Pf. Die Ausgabe für Konzerte, Theater, Gehälter, Drucksachen u. c. 873 Thl. 1 Sgr. 1 Pf., mitin ist ein Minus von 22 Thl. 3 Sgr. 6 Pf. vorhanden. Zu Rechnungs-Revisoren wurden die Herren Rechnungs-Rath Grauer und Ober-Bergamt-Revisor Kneisel ernannt. Bei der hier auf erfolgten Beratung der Statuten behufs deren Theilweise Änderung entspann sich über § 10, welcher die Berechtigung des Vorstandes zur Exklusion von Mitgliedern in gewissen Fällen vor sieht, eine längere Debatte, und zwar wegen der von einem Mitgliede beantragten Aufhebung des bezeichneten Paragraphen. Der selbe wurde indeß bei wiederholter Abstimmung mit 83 gegen 55 St. aufrecht erhalten. Die zuletzt vorgenommene Neuwahl des Vorstandes ergab die Mehrheit für folgende Herren: Hrn. C. S. Weiß, Dekorateur Otto, Gutsbesitzer v. Berboni, Appellations-Gerichts-Sekretär Lindner, General-Landschafts-Register Jedecek, Kalkulator Larzle, Hauptlehrer Herrsforth, Hauptlehrer Scholz, Kanzlei-Inspektor Pedell, Konditor Kunert, Appellations-Gerichts-Sekretär Werner, Hospital-Rendant Schiel.

[Ginge sandt.] Wie? — Ist es nicht Sache der öblichen Thierschutzvereine, darauf zu sehen, daß Vogel, welche weder für den Bratspiel noch für das Bauer passen, weder gefangen, noch gefangen werden? Und dürfte es nicht Landespolizeisache sein, Vogel, welche in der Gefangenschaft nicht, oder doch nur sehr kurze Zeit fortleben, aber in der freien Natur thils als Verilger schädlicher Insekten vom größten Nutzen, oder als Sänger Vergnügensbringer sind, weder fangen noch gefangen zu lassen? Die Sache ist für die Ökonomie der Natur, wie die öffentliche Moral wichtiger, als sie beim ersten Anblick erscheint! — d.

○ Kanth, 21. März. [Begräbniss. — Jubiläum. — Oratorium.] Am 14. d. fand hier eine seltene Begräbnissfeierlichkeit statt. Die breslauer Burschenschaft „Arminia“ gab einem ihrer damals geschiedenen Committitionen, dem Stud. theol. Gustav Biehler, Sohn des hiesigen Herrn Superintendenten, das Geleite zu seiner letzten Ruhestätte. — Den 16. d. M. feierte der Expriester und Stadt-pfarrer, Herr Lic. Buchmann das 25jährige Priesterjubiläum. Schon den Abend zuvor überreichten die Herren Kapläne, Lehrer und Kirchenvorsteher diesem thätigen Schulen-Revisor eine Bibel mit Prachtband, und die Schüler und Schülerinnen hiesiger Stadtschule ein auf diese Feierlichkeit bezügliches Gedicht. Von einer Deputation des hiesigen Magistrats und den Stadtverordneten, so wie von verschiedenen anderen Seiten, wurden ebenfalls an dem genannten Tage die herzlichsten Wünsche dargebracht. Ein heiteres Mahl vereinigte darauf die Öben-gegenannten in der Behausung des Herrn Jubilars. — Gestern wurde im Saale des Gasthofes „zur Hoffnung“ das Oratorium: „Josua“ von Händel, zum Besten der kath. Schullehrerwitwen- und Waisenkasse unter Leitung des Kantor Bürgel aufgeführt. Die Chöre waren tüchtig eingeübt, und die Solostimmen in guten Händen, namentlich die Sopransstimme, welche Fräulein Hulda Glade aus Liegnitz freundlich übernommen hatte. Die Einnahme betrug 24 Thaler.

* Hirschberg, 21. März. [Verschiedenes.] Gestern fand vor der Conradi'schen Schauspielergesellschaft die erste Vorstellung im hiesigen neu decorirten, jetzt ganz vollendeten Theater statt. Zur Einweihung derselben wurde ein Prolog von Frau Bauer gesprochen, dem das bekannte historische Lustspiel: „Anna Lise“ von Dr. Hirsch folgte, das im Ganzen recht beständig durchgeführt wurde. Da von Seiten des Theaterbesitzers Herrn Ruppert nichts gespart worden ist, daß „neue Theater“ in würdiger und eleganter Weise herzustellen, so wollen wir auch im Interesse des Schauspiel-Direktors einen künstlich recht fleißigen Besuch des Theaters wünschen. — Da bis diesen Augenblick außer den Papieren, welche im Zucken gefunden worden sind, von dem vermischten Erektor Stange auch nicht die geringste Spur aufzufinden möglich war, so laufen, bei sehr verdächtigen Indicien, die verschiedensten Gerüchte von Mund zu Mund und man vermutet nichts weniger als einen Mord. Die Frau des Unglücklichen befindet sich mit ihren 10 Kindern in der drückendsten Lage, in Folge dessen edle Frauen Sammlungen für die Arme veranstalten, während gestern Abend die „Zeitungs-Halle“ im „Gasthofe zu den drei Bergen“ für dieselbe eine theatralische Vorstellung gab. — Zum Geburtstage Sr. kais. Hoheit des Prinzen von Preußen werden bereits heute privatim Anstalten getroffen und wird die Bürger-Ressource ein Diner auf Gruner's Felsenkeller veranstalten, zu dem der Andrang bis jetzt schon sehr groß ist, daß man wegen Mangel an Raum sehr besorgt sein soll. Ein zweites Diner wird von Notabilitäten unserer Stadt im Saale des Gasthofes zu den drei Bergen stattfinden.

□ Gleiwitz, 20. März. In diesem Winter wurden wir schon mehrere Male durch Feuerlärm beeinträchtigt. Außer den bereits angezeigten drohte vor einigen Wochen ein Feuer auf dem Boden im Gasthofe zum „Goldnen Adler“ auszubrechen, das sehr gefährlich hätte werden können, glücklicherweise aber frühzeitig unterbrochen wurde, und gestern Morgens um 7 Uhr wurde wieder ein Feuer signalisiert, dessen Rauch von der Ratiborer-Vorstadt her über die Stadt in gewaltiger Stärke hinjog. Es brannten dabei ganz schnell 3 Scheune niederr, und noch ehe die rajch herbeiziehende Löschmannschaft sich vollständig vorbere

Beilage zu Nr. 137 der Breslauer Zeitung.

Mittwoch den 23. März 1859.

(Fortsetzung.)
ganisirte, war der Schaden bereits angerichtet. Bei der gänzlichen Windstille waren die in der Nähe sich befindenden Gebäude nicht bedroht. In den Scheuern befand sich ziemlich viel Heu und ungedroschene Lehren, so daß der Verlust nicht unbedeutend ist. Ueber die Entstehung des Feuers ist noch nichts bekannt, jedenfalls scheint Unvorsichtigkeit die Ursache zu sein.

Die dritte Sitzungs-Periode des hiesigen Schwurgerichts für das Jahr 1859 beginnt am 4. April d. J.

Die Lehrer der gleiwitzer Stadt- und Hütten-Schule geben am 27. d. Mts. ein Konzert zum Besten der allgemeinen Schullehrer-Witwen-Unterstützungskasse, unter freundlicher Mitwirkung vieler Dilettanten. — Lebten Donnerstag war landwirthschaftlicher Verein des Toft-Gleiwitzer Kreises.

(Notizen aus der Provinz.) * Görlitz. Zur Verherrlichung des am 22. d. M. stattfindenden Geburtstages Sr. kgl. Hoheit des Prinz-Regenten ist am 17. d. M. hier selbst eine „Friedrich-Wilhelm-Victoria-Landes-Stiftung“ ins Leben getreten. Zweck derselben ist: Ausstattung unbemittelter aber würdiger Brautpaare. An der Spitze des Unternehmens stehen die Herren: Hotel-beiher Pardon, Bolzorth, Banquier Hegemeister und Zahlmeister Trommamann. Die Stiftung soll sich über den ganzen Regierungsbezirk Liegnitz erstrecken; am 25. Januar sollen jedesmal die Ausstattungen vorgenommen werden.

* Lauban. Am 22. März, dem Geburtstage Sr. kgl. Hoheit des Prinz-Regenten, soll hier eine Illumination veranstaltet werden.

* Neumarkt. Am 16. d. Mts. Abends sind auf der Stephanusdorfer Chaussee unmittelbar an hiesiger Stadt durch niederrädrige Postkette 11 der schönsten Linden in der Mitte durchgebrochen worden. Auf die Entdeckung des Thäters ist eine Prämie bis zu 20 Thlr. gestellt. — Am 27. d. M. versammelt sich der landwirthschaftliche Verein zu Kostenblut. — Am 22. März sollen 25 Veteranen aus den, dem Herrn Landrat von der Kreisvertretung und aus anderen Mitteln zu Gebote stehenden Fonds jeder eine Unterstützung von 1 Thlr. erhalten. — Unser Deichamt tritt am 24. d. Mts. im Baum'schen Gasthofe zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen.

* Waldenburg. Am 23. d. M. wird im Kursaale zu Ober-Salzbrunn ein großes Vocal- und Instrumental-Concert veranstaltet und u. A. der erste Theil aus dem Löwe'schen Oratorium: „Die Festseiten“ und „Der Herbst“ aus Haydn's „Jahreszeiten“ aufgeführt werden. Die königl. Bergkapelle wird dabei mitwirken. Die hiesige Sparkasse schließt pro 1858 mit 17,746 Thlr. 22 Sgr. 1 Pf. ab, in welcher Summe 661 umlaufende Sparkassenkarten mit einem Vermögen von 16,791 Thlr. 18 Sgr. 6 Pf. und ein Reservefond von 955 Thlr. 4 Sgr. 7 Pf. enthalten sind.

* Görlitz. Unser Gewerbe-Verein zählt jetzt außer 7 Ehren-Mitgliedern 232 Mitglieder. Es wird gewünscht, dieselben möchten wieder eine Industrie-Ausstellung hier veranstalten. — Unsere Naturforscher-Gesellschaft will nun ernstlich mit Errichtung eines Hauses für ihre Zwecke vorgehen. Die Bitte an die Stadtgemeinde, dazu eine Baustelle und Beihilfe zu gewähren, wird wahrscheinlich erfüllt werden. — Es sind in kurzer Zeit zwei Unglücksfälle mit Nähnadeln vorgekommen. Ein Mädchen stach sich eine Nadel in die Hand und die Nadel brach ab. Der sofort herbeigefeuerte Arzt mußte nun, um die Spize im Fleische zu finden, mehrere Einschnitte machen, und es gelang ihm nach einer ½ stündigen Operation, die Spize zu entdecken und herauszuziehen. Eine Frau hat sich eine Nähnadel in den Fuß getrieben, jedoch zu spät Anzeige gemacht, und es ist noch nicht möglich gewesen zu entdecken, wo sie sitzt.

+ Bünzlau. Das am 12. d. Mts. unter Leitung des Herrn Lehrers stattgefunden Konzert hat sowohl in Hinsicht auf die Auswahl der Piecen als auch der Ausführung allgemein befriedigt.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

* Breslau, 22. März. [Börse.] Die Börse eröffnete in Folge der frischen Nachrichten sowohl als der besseren pariser und wiener Notirungen mit viel höheren Coursen, besonders in Bezug auf die beiden österr. Devisen. Credit-Mobilier begannen à 93½, National-Anleihe à 73, wurden durch Gewinnrealisierungen im Laufe des Geschäfts zwar etwas matter, erholteten sich aber bald wieder, und es stiegen erstere auf 93½, letztere auf 73½. Der Schluss war, wie im Allgemeinen, so auch für diese Effeten matter; sie gingen bis 93 und 73½ (letzter Brief) zurück, da die wiener Frühjahrszeit etwas schwächer lauteten. Die Umsätze, so gering sie auch in Eisenbahnpapieren ausfielen, waren in den vorgenannten beiden Sachen ziemlich erheblich. Auch Fonds erschienen angenehm.

Darmstädter 84 Gld., Credit-Mobilier 92½—94—93½ bezahlt, Commandit- Anteil 99 Gld., schlesischer Bankbrief 80½ bezahlt und Gld.

SS Breslau, 22. März. [Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.] Roggen flau beginnend, Verlauf höher; Kümmelgschüne —, loco Waare —, pr. März 37 Thlr. Gld., März-April 37 Thlr. Gld., April-Mai 37 bis 37½ Thlr. bezahlt, Mai-Juni 37½—38 Thlr. bezahlt, Juni-Juli 38½ Thlr. bezahlt und Gld., Juli-August 38½ Thlr. Gld., August-September 39 Thlr. Gld., September-Oktober 39 Thlr. zu bedingen.

Rüböl matter; loco Waare 13½ Thlr. Br., pr. März 13½ Thlr. Br., März-April 13½ Thlr. Br., April-Mai 13½ Thlr. Br., 13 Thlr. bezahlt, Mai-Juni —, Juni-Juli —, Juli-August —, August-September —, September-Oktober 12½ Thlr. Br.

Kartoffel-Spiritus niedriger; pr. März 8½—½ Thlr. bezahlt, März-April 8½—½ Thlr. bezahlt, April-Mai 8½—½ Thlr. bezahlt, Mai-Juni 8½ Thlr. bezahlt und Gld., Juni-Juli 8½ Thlr. bezahlt, Juli-August —, August-September —, September-Oktober —.

Brot zu steigendem Preise gefragt, doch ohne Angebot.

* Breslau, 22. März. [Privat-Produkten-Markt-Bericht.] Vom heutigen Markt haben wir eine wesentliche Änderung nicht zu berichten; die Zufuhren und Angebote von Bodenlägern waren mäßig, die Kauflust gering, nur für beste Qualität Roggen und Gerste zeigte sich bessere Frage, und die Preise sämtlicher Getreidearten behaupteten sich ziemlich auf dem gestrigen Standpunkte.

Weißer Weizen	80—90—95—100 Sgr.
Gelber Weizen	73—78—84—88 "
Brenner-Weizen	36—40—45—48 "
Roggen	44—48—52—54 "
Gerste	36—40—45—48 "
Hafner	30—34—37—40 "
Koch-Erbsen	75—80—85—90 "
Futter-Erbsen	63—67—70—72 "
Widen	83—85—87—89 "

Dolsaaten geschäftlos; die Notirungen sind nominell. — Winterrapss 115—118—120—122 Sgr., Winterribben 105—115—120—124 Sgr., Sommersüßs 80—85—90—93 Sgr. nach Qualität und Trockenheit.

Rüböl matter; loco 13½ Thlr. Br., pr. April-Mai 13½—13 Thlr. bezahlt, 13½ Thlr. Br., September-Oktober 12½ Thlr. Br.

Spiritus niedriger; loco 8½ Thlr. en détail bezahlt.

Für rothe Kleesaaten in seinen, sowie weisse in allen Qualitäten war zu den geistigen Preisen mäßige Kauflust; mittle und geringe Sorten rother Saat fanden selbst zu Preisen unter Notiz schwer Nehmer. Thymothee gut begehrte.

Rothe Saat 13½—14½—16—17 Thlr. Weisse Saat 20—24—27—29 Thlr. Thymothee 12½—13½—14½ Thlr. nach Qualität.

Wasserspeisestand.

Breslau, 22. März. Oberpegel: 16 f. 2 f. Unterpegel: 4 f. 1 f.

Eisenbahn-Zeitung.

Köthen, 16. März. In dem am 8. d. Mts. Nachmittags 2 Uhr, von hier abgehenden Personenzuge der Köthen-bernburger Eisenbahn geriet in der hiesigen Schaffricherei von den vier in diesem Zuge befindlichen, nur oberflächlich mit einem Leinwandplane bedekten, mit Stroh beladenen Güterwagen der dem Personenwagen zunächst angehängte Strohwagen dadurch in Brand, daß bei dem heftigen Abendwind die Funken aus den mit Braunkohlen geheizten Lokomotiven vom Winde in die Strohladung getrieben wurden und hier zündeten. Die Strohladung und zum größten Theil der Wagen selbst wurden ein Raub der Flammen, die drei übrigen Strohwagen konnten durch schnelles Abhängen und Zurückziehen vom Zuge gerettet werden, der nächst befindlich gewogene Personenwagen hat jedoch durch das Feuer einige Beschädigungen erlitten. Trotz des Schredens und der Bestürzung der im Zuge befindlichen Reisenden ist denselben dennoch — Dank ihrer Besonnenheit und Ruhe — ein Unglücksfall nicht zugeschlagen und hat die Weiterbeförderung derselben sich um vielleicht nur eine halbe Stunde verzögert. Die drei von dem Verbrennen ge-

reteten, vom Zuge entfernten Strohwagen, welche weder gebremst noch verlegt auf der Bahn zurückgelassen waren, wurden nach dem Unglücksfälle vom Wind erfaßt und durch die Gewalt desselben an den unverclosenen Übergängen der eddericher, baasdorfer, prosigter und klepiger Staatsstraßen vorüber dem Bahnhofe zugetrieben. Zum großen Glück ist auch hierdurch kein Unfall verursacht worden, indem die genannten Wegübergänge zufällig bei'm Vorüberfahren der Wagen frei waren. (Koth. 3.)

merken, daß die Brauerei zu Waldschlößchen ihre Gerste größtentheils aus Böhmen und Schlesien bezieht. Sie nimmt ihren Weg von hier also erst dorthin, um als theures Bier zurückzukehren und getrunken zu werden.

Nehmen wir weiter als eine bekannte Thatsache an, daß die Consumption des Bieres fast gar nicht von den Verhältnissen berhört wird. Ein Beweis dafür, daß es mit zu den nothwendigsten Nahrungsmitteln gehört. Ein mäßiger Trunk ist das verbindende Glied der Gesellschaft. Ob die Zeiten gut, ob schlecht — getrunken wird immer. Wenn nun unter diesen unbekreitbaren Annahmen der Hauptzweck des Unternehmens dahin zielt, ein billiges, gutes und schmahaftes Bier zu liefern, so läßt sich wohl nicht zweifeln, daß diesem Principe die Anerkennung und Theilnahme des Publikums nicht fehlen wird, d. h. daß die Haupt-Bedingungen seiner Lebensfähigkeit vorhanden sind.

Angesichts dieser Verhältnisse dürfte die Societäts-Brauerei zu Gorkau den Beteiligten nicht blos eine gesicherte hohe Rentabilität gewähren, sondern auch dem Gemeinwohl dienliche Zwecke verfolgen.

Zum Behufe der Anlage bietet das freundliche Gorkau am Fuße des Zobtens, dem wir durch die Eisenbahn nahe gesellt, nach allen Seiten so überwiegende Vortheile, daß die Wahl des Comite's als eine höchst zweckmäßige bezeichnet werden muß.

Gorkau in Verbindung mit Rosenthal bietet eine Vereinigung von Naturschönheiten, die alljährlich eine große Anzahl von Besuchern, eine größere als man allgemein glaubt, dorthin zieht. Seine überaus freundliche Lage und Umgebung kann sich dreist den schönsten Schlesiens zur Seite stellen. Ein Hauch der Ruhe und Gemüthlichkeit, weht unter jenen Laubbäckern, die eng an einander schließend ein lebendiges lustiges Gewölbe bilden, und unter Anderen, den sogenannten berühmten Laub-Dom von Tharandt weit übertreffen. Der Aufenthalt dort ist in den heißesten Tagen, und in der ganzen Ausdehnung des Parkes und der Anlagen, einer der kühlest und angenehmsten. Die abwechselnden Partien liegen in unmittelbarer Verbindung mit und neben einander und gruppieren sich um ihren Centripunkt Gorkau, das mit seinem romantisch-alterthümlichen Schloß sie beschützend überagt. Es blaukt, lagert und trinkt sich so behaglich dort in dem mächtigen blauen Duft und Schatten des gewaltigen Zobtenberges. Fragt die alten bewoosten Burschen: nach den Zobten-Commercen, nach den Stunden, die sie auf dem grünen „Studentenplatz“ des gorkauer Parkes in ungebundener Lust, trinkend, jubelnd und jauchzend verkeift, und sie werden euch gesiehen, daß sie nicht zu den verlorenen ihres Lebens zählen.

Ihr sezt euren Fuß weiter — und wenige Zeit nachher ruht ihr auf der Spitze des Zobtens, und das gesegnete Schlesien liegt in reizender, malerischer Schön, wie auf keinem Punkte mehr, in weitester Fernsicht zu euren Füßen.

Das sind die Annehmlichkeiten, die bei einer solchen Anlage ein nothwendiges Erforderniß sind.

Die weiteren Motive, die der Etablierung der Brauerei an der gewählten Stelle zu Grund liegen, fallen aber so entscheidend in's Gewicht, daß sie wohl maßgebend werden müssen.

Es sind außer anderen das zur Brauerei sich vorzüglich eignende Wasser, es sind weiter die in unmittelbarem Anschluß am Brauhause mit Leichtigkeit herzustellenden vorzüglichsten Felsenkellereien, und die Verbindung mit den schon vorhandenen, es ist die Willigkeit der Bau- und Betriebsmaterialien.

Aus dem der Öffentlichkeit unterbreiteten Stat erhellt nicht mit Sicherheit, an welcher Stelle die Anlage des Brauhauses beabsichtigt ist, und es hat dies zu der nahe liegenden Annahme verleitet, als solle eine Erweiterung der alten Brauerei oben am Schloß stattfinden. In dem sich daran knüpfenden Raisonnement wurde in Folge dessen das Bedenken hervorgehoben, daß dort oben kein ausreichendes Wasser vorhanden sei. Beide Annahmen wären irrtümlich. Wie aus dem für alle sich interessirende offen liegenden Special-Stat zu ersehen, sind die unteren beiden Teiche nebst Mühle zu dem Behufe der Anlage des Brauhouses angekauft, und der jetzige Besitzer ist kontraktlich verpflichtet, nach Vollendung des Baues die alte Brauerei zu kassieren. Die beiden Teiche, die im Normalstande bei einer durchschnittlichen Tiefe von circa 12 Fuß eine Wasseroberfläche von 40,000 Quadratfuß bieten, können durch die einfachsten Vorrichtungen eine noch bedeutendere Menge fassen, und reichen für den erforderlichen Bedarf um das Mehrfache aus. — Der Umstand aber, daß seit Jahrhundertern hier schon eine Mühle im Betriebe ist, darf dafür sprechen, daß kein Wassermangel zu befürchten, da sie unter Teichen liegt, die ihre ewige Speisung aus den Quellen und Gewässern des Zobtens erhalten. — Die chemische Analyse des Wassers hat ergeben, daß es ein zur Brauerei sich ganz vorzüglich eignendes ist.

Als wichtiger Moment ist ferner hervorzuheben, daß die Lage der Teiche es ermöglicht, die Reservoirs der Brauerei durch den eigenen Druck des Wassers, ohne Anwendung von Maschinen und Arbeitskraft, zu füllen.

Eben so liefern diese Teiche das zum Brauereibetriebe und dem Lager nötige Eis, bei nur einmaligem Winterfrost und bei einem Fuß Stärke, in einem Quantum von 40,000 Kubikfuß. — Weit mehr als genug.

Die Brauerei, die so unmittelbar neben der bekannten Mühle, an den bequemen Abschlepptagen zu liegen kommt, wird mit ihrem Flügel und Hofraum sich an dem Felsenfuß des Zobtenberges lehnen. Sie schließt sich demnach direkt an die vorzüglichsten Felsenkellereien an, wie solche nicht blos in Schlesien, sondern überhaupt zu finden sind. Sie sind mit Leichtigkeit in dem Granit herzustellen und bilden Gewölbe, die schon an ihren Ansätzen eine Decke von mindestens 40 Fuß über sich tragen und für die denkbar weitesten Gänge Raum bieten, aber auch schon in kurzer Entfernung mit den bereits vorhandenen Felsenkellern der alten Brauerei zusammentreffen und verbunden werden können.

Gehen wir jetzt zu dem in den öffentlichen Blättern vorgelegten Stat über.

Wir stoßen dabei auf einige Irrthümer, die sich dort eingeschlichen, und auf einige Annahmen, denen wir nicht bestimmen können. Im Interesse der Sache wollen wir uns der Mühe unterziehen, sie zu berichtigen, und wir können das ohne Nachtheil für das Unternehmen. Wir kommen fast zu demselben Resultat und sehen darin eine Bürgschaft für die Solidität des Projekts.

Eines der ausgesprochenen Hauptbedenken besteht in dem, in der Ertragsberechnung A. aufgestellten Betriebsumsatz von 30,000 Tonnen. Diese Annahme scheint uns vorläufig auch zu hoch gegriffen. Nach den obigen Ausführungen aber wird man mit uns wohl gern einen

* Wie wir vernehmen, haben die zum Mai zu schließenden Rechnungslisten schon jetzt bald die erforderliche Höhe erreicht.

jährlichen Umsatz von in Summa 15,000 Tonnen zugeben. — Danach stellt sich:

Der Ausgabe-Etat:

I. An jährlichen Kosten für Material und Verwaltung von 15,000 Tonnen (wie sie in der Ertragsberechnung B. des Etats angenommen)	56,625 Thlr.
Es ist dabei bemerkt, daß darin die Getreie zu dem außergewöhnlichen Preis von 45 Sgr. angenommen sei. — Das ist „außergewöhnlich“ billig. Nach den offiziellen Zusammenstellungen ist der Durchschnitts-Marktpreis der Getreie in den letzten 8 Jahren 54 Sgr. pr. Scheffel gewesen, wobei wir wiederum bemerken müssen, daß darin allerdings die vergangenen „außergewöhnlich“ theueren Jahre treffen.	
Wir vermehren also den Kostenbetrag pro Tonne und Scheffel mit 9 Sgr., sind auf 15,000 Tonnen	4,500 "
Also I. an jährlichen Kosten für die Herstellung von 15,000 Tonnen in Summa	61,125 Thlr.
II. Zur Beschaffung von Maschinen, Utensilien &c. (nach dem qu. Etat)	54,973 "
III. Erwerbung von Realitäten, Bauausführungen &c. (nach dem qu. Etat)	94,527 "
Der Ausgabe-Summa	210,625 Thlr.

Der Einnahme-Etat

würde sich nach unseren Annahmen nun folgendermaßen gestalten, wobei zu bemerken, daß eine Vergleichung mit dem qu. Etat ergeben wird, daß wir alle zweifelhaften Ansätze außer Betracht gelassen und die Einnahme-Preise auf ein Minimum reduziert haben.

Zur Verständigung ist weiter vorauszuschicken, daß unter „innerem Debit“ der Spezial-Etat nicht blos den eigenen Ausschank in Gorkau, sondern auch den begreift, den die Verwaltung der Brauerei an den verschiedenen Niederlagen in anderen größeren Städten der Provinz anzulegen beabsichtigt, und wofür im Spezial-Etat die Kosten veranschlagt sind.

7,500 Tonnen innerer Debit à 9 $\frac{3}{4}$ Thlr.	73,125 Thlr.
7,500 " äußerer Debit à 6 $\frac{1}{3}$ Thlr.	47,500 "
15,000 Scheffl. Treber { à $\frac{1}{4}$ Thlr.	4,000 "
1,000 " Malzkeime {	

(Der Etat hat bei beiden vorstehenden Positionen $\frac{1}{2}$ Thlr. angenommen.)

2,000 Tonnen einfaches Bier à 1 $\frac{1}{2}$ Thlr.	3,000 "
---	---------

(Die Herstellung eines einf. Bieres ist in dem veröffentlichten Etat nicht vorausgesehen. Wir haben dasselbe hier angezeigt, weil die Anfertigung eines solchen einmal nothwendig, und das anderermal vom Nachstand der 15,000 Tonnen, mit $\frac{1}{2}$ des Quantums, leicht zu ermöglichen ist. In dem Preisansatz von 1 $\frac{1}{2}$ Thlr. sind die erforderlichen Unkosten der Herstellung in Abzug gebracht.)

Der Einnahme-Summe 127,625 Thlr.

[2052] Entbindung-Anzeige.
Mit Gottes gnädiger Hilfe wurde meine liebe Frau Bertha, geb. Richter, heute Vormittag 11 Uhr von einem gesunden und kräftigen Mädchen glücklich entbunden.

Breslau, den 22. März 1859.

Traugott König.

Die heute erfolgte schwere aber glückliche Entbindung meiner lieben Frau Clara, geborene Jacobi, von einem Mädchen, beeindruckt mich Verwandten und Freunden statt besonderer Melbung hierdurch ergebnis anzuzeigen. [2168]

Großberg, den 21. März 1859.

H. Severin.

Am 20. d. starb mein geliebter zweiter Sohn, der Dr. med. Alexander Benedict, praktischer Arzt zu Malapane, als Opfer treu erfüllter Pflicht, am Typhus. In dem Namen seiner Hinterlassenen zeige ich mit betrübtem Herzen diesen Verlust den Freunden desselben an, und bitte um deren stille Beihilfe.

Breslau, den 21. März 1859. [2169]

Dr. Benedict,
Geh. Med.-Rath und Professor.

In der heutigen Nacht starb nach kurzem Krankenverlauf der hiehere Knapschafts-Arzt Dr. med. ic. Herr Alexander Benedict am Unterleib-Typhus. Allgemein betrauert, verliert die hiesige Knapschaft einen unermüdlich thätigen Arzt, welcher ohne Rücksicht auf sich selbst, nur seiner schweren Verpflichtung lebte. Malapane, den 21. März 1859. [2028]

Die Verwaltung und Knapschaft der Malapaner Werke.

Am 20. d. starb hier selbst der Kreis-Sekretär und fungirende Kanzleidirektor Rudolph Schönfeld in dem Alter von 40 Jahren, durch dessen Tod wir einen treuen und gewissenhaften Amtsgenossen verloren haben, dessen Andenken bei uns stets im Segen bleibt. Freistadt, den 21. März 1859.

Die Beamten des kgl. Kreis-Gericht.

[2170] Todes-Anzeige.
(Statt jeder besondern Meldung.) Gestern endete seine trübselige Laufbahn an Lungenläsion unter guter Onkel, Groß- und Urgroß-Onkel, der Partitulier Herr Gottfried Ferdinand Menkel, in dem hohen Alter von 91 Jahren. Diese Anzeige widmet seinen Freunden und Bekannten: Die Familie.

Breslau, den 22. März 1859.

Kugner,
Zahlmeister im 6. Inf.-Regt.

Statt jeder besondern Meldung allen Freunden und Bekannten die traurige Anzeige, daß gestern Abend um 7 $\frac{1}{2}$ Uhr unser Söhnen Paul an Gehirnhöhlen-Wasserjucht dem Herrn entschlafen ist.

Schweidnitz, den 22. März 1859.

Kugner,
Zahlmeister im 6. Inf.-Regt.

Gemeinde-Versammlung.
Die Mitglieder der im Jahre 1845 gegründeten katholischen Gemeinde werden hiermit zu einer Gemeinde-Versammlung eingeladen, welche Donnerstag den 24. März 7 $\frac{1}{2}$ Uhr in dem Lummerschen Lokale auf der neuen Antonienstraße abgehalten werden soll. [2054]

Breslau, den 23. März 1859.

Der Vorstand.

Allgemeine Versammlung der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur.

Freitag den 25. März, Abends 6 Uhr:

Herr Privatdozent und Bibliothek-Custos

Dr. Max Karow: „Ueber die kleineren

Schriften des Dante Alighieri. [2031]

Or. Brieg. St. J. □. F. z. a. O. 27. III.
St. M. 12. Stf. F. u. T. □. [2036]

Die Mitglieder der im Jahre 1845 gegründeten katholischen Gemeinde werden hiermit zu einer Gemeinde-Versammlung eingeladen, welche Donnerstag den 24. März 7 $\frac{1}{2}$ Uhr in dem Lummerschen Lokale auf der neuen Antonienstraße abgehalten werden soll. [2054]

Breslau, den 23. März 1859.

Der Vorstand.

Die Mitglieder der im Jahre 1845 gegründeten katholischen Gemeinde werden hiermit zu einer Gemeinde-Versammlung eingeladen, welche Donnerstag den 24. März 7 $\frac{1}{2}$ Uhr in dem Lummerschen Lokale auf der neuen Antonienstraße abgehalten werden soll. [2054]

Breslau, den 23. März 1859.

Der Vorstand.

Allgemeine Versammlung der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur.

Freitag den 25. März, Abends 6 Uhr:

Herr Privatdozent und Bibliothek-Custos

Dr. Max Karow: „Ueber die kleineren

Schriften des Dante Alighieri. [2031]

Die Mitglieder der im Jahre 1845 gegründeten katholischen Gemeinde werden hiermit zu einer Gemeinde-Versammlung eingeladen, welche Donnerstag den 24. März 7 $\frac{1}{2}$ Uhr in dem Lummerschen Lokale auf der neuen Antonienstraße abgehalten werden soll. [2054]

Breslau, den 23. März 1859.

Der Vorstand.

Allgemeine Versammlung der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur.

Freitag den 25. März, Abends 6 Uhr:

Herr Privatdozent und Bibliothek-Custos

Dr. Max Karow: „Ueber die kleineren

Schriften des Dante Alighieri. [2031]

Die Mitglieder der im Jahre 1845 gegründeten katholischen Gemeinde werden hiermit zu einer Gemeinde-Versammlung eingeladen, welche Donnerstag den 24. März 7 $\frac{1}{2}$ Uhr in dem Lummerschen Lokale auf der neuen Antonienstraße abgehalten werden soll. [2054]

Breslau, den 23. März 1859.

Der Vorstand.

Allgemeine Versammlung der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur.

Freitag den 25. März, Abends 6 Uhr:

Herr Privatdozent und Bibliothek-Custos

Dr. Max Karow: „Ueber die kleineren

Schriften des Dante Alighieri. [2031]

Die Mitglieder der im Jahre 1845 gegründeten katholischen Gemeinde werden hiermit zu einer Gemeinde-Versammlung eingeladen, welche Donnerstag den 24. März 7 $\frac{1}{2}$ Uhr in dem Lummerschen Lokale auf der neuen Antonienstraße abgehalten werden soll. [2054]

Breslau, den 23. März 1859.

Der Vorstand.

Allgemeine Versammlung der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur.

Freitag den 25. März, Abends 6 Uhr:

Herr Privatdozent und Bibliothek-Custos

Dr. Max Karow: „Ueber die kleineren

Schriften des Dante Alighieri. [2031]

Die Mitglieder der im Jahre 1845 gegründeten katholischen Gemeinde werden hiermit zu einer Gemeinde-Versammlung eingeladen, welche Donnerstag den 24. März 7 $\frac{1}{2}$ Uhr in dem Lummerschen Lokale auf der neuen Antonienstraße abgehalten werden soll. [2054]

Breslau, den 23. März 1859.

Der Vorstand.

Allgemeine Versammlung der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur.

Freitag den 25. März, Abends 6 Uhr:

Herr Privatdozent und Bibliothek-Custos

Dr. Max Karow: „Ueber die kleineren

Schriften des Dante Alighieri. [2031]

Die Mitglieder der im Jahre 1845 gegründeten katholischen Gemeinde werden hiermit zu einer Gemeinde-Versammlung eingeladen, welche Donnerstag den 24. März 7 $\frac{1}{2}$ Uhr in dem Lummerschen Lokale auf der neuen Antonienstraße abgehalten werden soll. [2054]

Breslau, den 23. März 1859.

Der Vorstand.

Allgemeine Versammlung der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur.

Freitag den 25. März, Abends 6 Uhr:

Herr Privatdozent und Bibliothek-Custos

Dr. Max Karow: „Ueber die kleineren

Schriften des Dante Alighieri. [2031]

Die Mitglieder der im Jahre 1845 gegründeten katholischen Gemeinde werden hiermit zu einer Gemeinde-Versammlung eingeladen, welche Donnerstag den 24. März 7 $\frac{1}{2}$ Uhr in dem Lummerschen Lokale auf der neuen Antonienstraße abgehalten werden soll. [2054]

Breslau, den 23. März 1859.

Der Vorstand.

Allgemeine Versammlung der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur.

Freitag den 25. März, Abends 6 Uhr:

Herr Privatdozent und Bibliothek-Custos

Dr. Max Karow: „Ueber die kleineren

Schriften des Dante Alighieri. [2031]

Die Mitglieder der im Jahre 1845 gegründeten katholischen Gemeinde werden hiermit zu einer Gemeinde-Versammlung eingeladen, welche Donnerstag den 24. März 7 $\frac{1}{2}$ Uhr in dem Lummerschen Lokale auf der neuen Antonienstraße abgehalten werden soll. [2054]

Breslau, den 23. März 1859.

Der Vorstand.

Allgemeine Versammlung der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur.

Freitag den 25. März, Abends 6 Uhr:

Herr Privatdozent und Bibliothek-Custos

Dr. Max Karow: „Ueber die kleineren

Schriften des Dante

Empfehlenswerthe Fastenandachten.

In Wilhelm Braumüller's

I. f. Hofbuchhandlung in Wien, sind erschienen:

Des hochwürdigen Domherrn Dr. Joh. Em. Beith's Werke.

Sämtliche Fastenpredigten.

18 Bände. Preis 17 Thlr. 16½ Sgr., enthaltend:

Die Leidenswerkzeuge Christi.
4. Aufl. 1851. 24 Sgr.

Die Erweckung des Lazarus.
1842. 22½ Sgr.

Die Heilung des Blindgebornen
in 12 Vorträgen.
1846. 1 Thlr.

Eucharistia.
Zwölf Vorträge über das heilige
Mahlopfer.
2. Aufl. 1852. 1 Thlr. 6 Sgr.

Die Säulen der Kirche.
Zwölf Vorträge über die Apostel-
geschichte.
1849. 1 Thlr.

Politische Passionspredigten
nebst der Rede zum Seelenamte
weil des t. t. f. Z. M. Grajen
Bailett de Latour.
1849. 24 Sgr.

Weltleben u. Christenthum.
Sechs Vorträge,
gehalten in der Fasten 1850, nebst
einigen Zugaben.
1851. 1 Thlr.

Charitas.
Neun Kanzelvorträge, gehalten wäh-
rend der Fasten des Jahres 1851
in Prag.
1851. 1 Thlr.

Mater dolorosa.
Zwölf Fastenvorträge.
1843. 1 Thlr.

Die vorstehenden Schriften, meist kirchliche Vorträge in der heiligen Fastenzeit, von dem manich-
fältigsten Inhalte, in geistsprühender Form, voll anregender Gemüthlichkeit und kirchlich strenger
Gläubigkeit, durch welche sich der Verfasser schon längst Verehrer in allen Ständen erworben hat, sind eine Zierde unserer
patriotischen Literatur und verdienen im Besitz jedes Seelsorgers und Predigers, aber auch jeder
frömmen Familie zu sein, die nach sinnvoller, häuslicher Erbauung sich sehnt.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, in Breslau durch Grätz, Barth u. Comp., Sort.-Buchhandlung (J. F. Siegler),
Herrenstraße Nr. 20.

[2045]

Aufforderung der Konkursgläubiger.

In dem Konkurse über das Vermögen des

Kaufmanns Hugo Kudlik zu Ratiobor werden

alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche

als Konkursgläubiger machen wollen, hier-

durch aufgesfordert, ihre Anprüche, diejenigen

mögen bereits rechtshängig sein oder nicht,

mit dem dafür verlangten Vorrechte,

bis zum 18. April 1859 einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protocoll anzumel-

den und demnächst zur Prüfung der sämmtlichen

innerhalb der gedachten Frist angemeldeten

Forderungen, so wie nach Beenden zur Bestel-

lung des definitiven Verwaltungspersonals

auf den 11. Mai d. J. Vormittags

9 Uhr, in unserem Instruktionszimmer vor

dem Kommissar Kreis-Richter Schulz

zu erheben.

Wer seine Annmeldung schriftlich einreicht, hat

eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen bei-

zufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem

Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der

Annmeldung seiner Forderung einen am biegsigen

Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns be-

reichten auswärtigen Bevollmächtigten befehl-

len und zu den Aten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntmach-

ft fehlt, werden die Justiz-Räte Kläpper, Stil-

ler, Gründel, Engelmann und die Rechts-

Anwälte Grünig, Sabath und Kneisel

zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Ratiobor, den 14. März 1859. [351]

Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Grothe.

Bekanntmachung.

In dem Konkurse über das Vermögen des

Kaufmanns David Schweizer zu Al-Dom-

brücka, ist der biegsige Rechts-Anwalt Leon-

hard zum definitiven Verwalter der Masse be-

stellt worden.

Breslau, den 18. März 1859. [354]

Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Die Güter Raudniki

im Königreich Polen, in der Nähe der Eisen-

bahn, bei der Station Jawiecie gelegen und

unweit der preußischen Grenze, mit einem Flä-

cheninhalt von 2550 Morgen, enthaltend Acker-

land (meistens Weizenboden), Wiesen, Wald-

ger und Hütungen, verbunden mit viel Robot,

sind zu verkaufen. Das sehr bequeme Wohn-

gebäude hat einen englischen Garten und die

beiden hierzu gehörigen Vorwerke sind mit ge-

räumigen Wohnungen und Stallungen, Alles

massiv gebaut, versehen. Der Boden hat Eisen-

steine von bester Qualität und in sehr reichen

Lagern. — Zwei Flüsse, welche die Güter durch-

schneiden, eignen sich vorzüglich zu Anlagen

von Fabriken. — Nähre Auskunft erhält auf

porto-freie Anfragen: [3085]

Simon Schäfer in Myslowitz.

Auf einem kleineren Gute Schlesiens, bei

welchem Raps- und Rübenbau getrieben wird,

und wo neben intensiver Bewirtschaftung eine

geordnete Schlagwirthschaft erzielt wird, wird zu Ter-

min Johannis die Stelle eines Wirthschafts-

Eleven vacant.

Ein junger Mann, dem es darum zu thun

ist, sich wirtlich mit der Wirthschaft-Erlernung

zu beschäftigen, und der genügende körperliche und

geistige Ausbildung besitzt, kann sich melden

unter der Adresse V. W. No. 6 poste rest.

Patschau. Alles Weiteres schriftlich. [1828]

[116]

Königliches Kreis-Gericht. Abtheilung.

Empfehlenswerthe Fastenandachten.

In Wilhelm Braumüller's

I. f. Hofbuchhandlung in Wien, sind erschienen:

Des hochwürdigen Domherrn Dr. Joh. Em. Beith's Werke.

Homiletische Vorträge für Sonn- u. Festtage.

7. Bände. Preis: 6 Thlr. 6 Sgr.

V. Band:

Advent bis zum Feite der Erschei-

nung des Herrn.

3. Aufl. 1846. 24 Sgr.

II. Band:

Epiphania bis Quadragesima.

3. Aufl. 1848. 24 Sgr.

III. Band:

Advent bis Ostern.

3. Aufl. 1845. 24 Sgr.

IV. Band:

Ostern bis Pfingsten.

3. Aufl. 1852. 24 Sgr.

V. Band:

Vom neunten bis sechzehnten

Sonntage nach Pfingsten.

1855. 1 Thlr.

VI. Band:

Vom sebzehnten bis letzten

Sonntage nach Pfingsten.

1859. 1 Thlr.

VII. Band. (Schluß):

Vom siebzehnten bis letzten

Sonntage nach Pfingsten.

1855. 1 Thlr.

III. Band:

Predigten vom ersten Sonntage

nach Quadragesima bis Ostermontag.

Nebst den beiden Worten Christi.

2. Aufl. 1842.

IV. Band:

Fest- und Feiertagspredigten.

1838.

V. Band. (Schluß):

Predigten vom ersten Advent-Son-

nntage bis zum Neunten

Januarstages.

1839.

Die auf Mittwoch den 23. d. Mts. in

der Kaufmann Kaczmarcz'schen Concurs-Sache

angezeigte Cigarren - Auction wird auf

Montag den 28. d. Mts., Vormittags

10 Uhr, verlegt. [3173]

Der gerichtl

Bei C. Flemming in Glogau ist erschienen, in Breslau vorrätig in der Sort. Buchhandlung Graß, Barth u. Comp. (J. F. Ziegler) Herrenstraße 20:

Muster-Zeichnungen

zu Blumengärtchen und Blumenpläzen,
in 44 Zeichnungen auf 30 lithographirten Tafeln, nebst Anweisung dieselben anzulegen und zu unterhalten.

Von N. C. Clemens,
Reichsgräflich von Brühl'scher Schloßgärtner zu Pforzen.
Preis 22 1/2 Sgr.

In Brief bei A. Bäuerle, in Oppeln: W. Clar, in P.-Wartenberg: Heinze,
in Nativor: Friedrich Thiele. [2061]

Bei C. F. Winter in Leipzig ist erschienen, in Breslau vorrätig in der Sort. Buchhandlung von Graß, Barth u. Comp. (J. F. Ziegler), Herrenstr. Nr. 20:

Zabellen

zur Berechnung des Cubikinhaltes

runder und vierkantig geschnittener Hölzer,
nebst einer Holzgewichtstabelle und Preisberechnungstabellen in norddeutscher und
Guldenwährung, sowie in neuer österreichischer Baluta.

Für Forstbeamte, Holzhändler, Baumeister, Zimmerleute, Tischler, Böttcher, und überhaupt Alle, die mit dem Verkauf oder Einkauf

von Hölzern zu thun haben.

Bearbeitet und mit Gebrauchs-Anleitung versehen

von J. F. Pfeil.

Dritte Auflage, von neuem berechnet und durchgehends berichtig
von Karl Brämer.

Preis cart. 18 Sgr.

In Brief bei A. Bäuerle, in Oppeln: W. Clar, in P.-Wartenberg: Heinze,
in Nativor: Fr. Thiele. [2062]

Nöldchen und Lind in Hamburg

geben Anweisungen auf oder vermitteln Auszahlungen nach allen bedeutenden Plätzen
der Provinz Rio Grande do Sul in Brasilien. [1823]

Holzschnede-Maschinen,

wie sie in Wien jeder Holzhacker und Bäudler hat, bei deren Gebrauch ein Mann
Arbeitskraft erspart wird, sind 7 Thlr. pr. Stück zu haben Ring Nr. 1, im Dachgewölbe.



Frische Blut- und Leberwurst

nach Berliner Art empfohlen C. F. Dietrich, Schmiedebrücke Nr. 2,
Hof-Lieferant Sr. Hoheit des Herzogs von Braunschweig. [199]

Echten Peru-Guano,

von vorzüglicher Qualität, indem wir 13 % Stoff garantiert, offerieren billigst:

Opitz & Haveland, Comptoir Alte Taschenstr. 21.

Meine Wohnung ist jetzt [3063]

Schmiedebrücke Nr. 45, erste Etage,

gegenüber dem königl. Proviant-Amt.

Eduard S. Röbner,

Juwelen-, Gold- und Silberarbeiter.

Praktisch bewährte Einlegemaschinen für

runde und vierseitige Zündholzchen empfohlen:

G. Sebold,

Durlach bei Karlsruhe. [1924]

Frische Rücklinge,

marin. Lachs

empfohlen:

Herman Strafa,

[2047] Junfernstraße Nr. 33.

Die herrschaftliche Brauerei zu Oyaa bei

Riegnitz ist von Johann d. J. ab anderweitig

zu vermieten. [1982]

Kapitalien [3183]

findt auf erste Hypothek auf Grundstücke in

Breslau ohne Verlust zu vergeben unter N.

Nr. 2 poste restante Breslau. [2060]

33 König's Hotel 33

garantiert

33 Albrechtsstrasse 33

Preise der Cerealien ic. (Amtlich.)

Breslau, den 22. März 1859.

feine, mittel, ord. Waare.

Weizen, weißer 90—96 80 50—60 Sgr.

dito gelber 82—89 71 50—60 "

Roggen . . . 51—53 49 44—46 "

Gerte . . . 46—49 40 34—38 "

Hafer . . . 40—43 36 25—30 "

Erdbeer . . . 82—88 72 60—66 "

Brennweizen — — 36—46 "

Kartoffel-Spiritus 8 Thlr. G.

21. u. 22. März. Abs. 10U. Mg. 6U. Nähm. 2U

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27° 7° 60 27° 6° 59 27° 7° 02

Aufstrud bei 0° 27°